Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1951

5 (31.1.1951)

Visual Library

Eine ganz besondere Beachtung fanden auf dem diesjährigen Internationalen Automobil-Salon in Brüssel die schweren Büssing-Fahrzeuge mit dem im Fahrgestell liegend eingebauten 150 PS Dieselmotor U 9.

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nummer 5 — 6. Jahrgang (Verlagspostamt: [illegible]) Karlsruhe, 31. Januar 1951 50 D-Pfennige

Der Dirigismus beginnt

Generalbevollmächtigte und forschende Arbeitskreise gehen ans Werk - Schwache D-Mark
Was Deutschland zahlen kann, wird in den USA erforscht - Sachwerthausse an den Börsen

Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß wir nun mit dem Vierjahresplan begonnen haben, auch wenn wir die nun in Gang gesetzte Planung nicht so nennen. Erinnerungen an das Jahr 1936 tauchen auf. Daß wir uns an diese Zeiten nicht gern erinnern, werden uns die Alliierten nicht verübeln. Das Gegenteil würden sie uns eher verübeln. Die von uns vor 14 Tagen skizzierte Rohstoffbewirtschaftung ist nun Gesetz geworden und am 25. Januar vom Bundestag als „Gesetz über Sicherungsmaßnahmen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft" verabschiedet worden. An dem Inhalt hat sich gegenüber unserer Skizze nichts geändert, so daß wir nicht näher darauf einzugehen brauchen.

„Generalbevollmächtigte"

In den nächsten Tagen werden nun Verwendungsverbote und Verwendungsbeschränkungen für gewisse Rohmaterialien erlassen werden, für die das erwähnte Gesetz die rechtliche Grundlage bildet. Und weil wir eben dies alles in den letzten 18 Jahren schon einmal genau exerziert haben, werden „Generalbevollmächtigte" für gewisse Materialien und Branchen ernannt werden, „um die staatliche Lenkung bestimmter Industrien möglich zu machen". Immerhin wollen wir einen Fortschritt gegenüber der Zeit des Dritten Reichs registrieren: Diese Bevollmächtigten werden qualifizierte Fachkräfte aus der Wirtschaft sein. Damals war es zwar auch im Anfang so, aber später nicht mehr — je ernster es nämlich wurde. Wenn es nun bei uns auch ernster wird, was dann? Vorläufig will man also qualifizierte Fachkräfte aus der Wirtschaft ernennen, um die Entstehung eines Bürokratismus zu vermeiden. Diese Begründung hat stark optische Wirkung. Es liegt nämlich meist nicht an dem Mann, sondern am System, ob ein Bürokratismus entsteht. Das ist im allgemeinen so und im speziellen in Deutschland. Die Amerikaner z. B. haben wir uns immer sehr unbürokratisch vorgestellt, aber die Praxis hat uns eines anderen belehrt. Und in Deutschland kommt nun einmal bei unserer Ordnungsliebe meist etwas Bürokratisches heraus, auch wenn der leitende Mann dazu gar nicht neigt. Aber wir wollen nicht unken. Warten wir ab. Man soll auch nicht immer ein gutes Gedächtnis haben.

In erster Linie werden die Verwendungsbeschränkungen sich auf die Nichteisenmetalle erstrecken. Andere Verwendungsbeschränkungen kennen wir ja nun schon, z. B. das Verbot der Schaufensterbeleuchtung. Dazu brauchte man allerdings nicht das neue Gesetz. Wir wollen also ruhig zugeben, daß die Verwendungsverbote weit über das hinausgehen werden, was Gegenstand des neuen Gesetzes ist.

Arbeitskreise, die die Wirtschaftslenkung erforschen

Auch organisatorisch ist bereits der Rahmen wesentlich weiter gespannt. Man hört schon davon, daß 5 Arbeitskreise die notwendigen Unterlagen für eine Wirtschaftslenkung erarbeiten (so fängt es immer an). Und nur einer dieser Arbeitskreise beschäftigt sich mit Rohstoffen, ein anderer mit Verkehr und Transport, ein dritter mit dem Angebot im Export und wieder einer mit dem Arbeitsverfahren und schließlich einer mit der Sozialpolitik. Diese 5 Arbeitskreise „sollen in erster Linie Arbeitsreserven und die besten Möglichkeiten zur Produktionserhöhung erforschen". Der Leser mag entschuldigen, wenn wir uns wieder zurückerinnern. Wenn Arbeitsreserven er-

Was wird?

Wir werden andere Fehler wie die USA machen

Die Löhne müssen schneller steigen als die Preise, sonst können die kommenden Lasten nicht getragen werden

Es ergibt sich heute eine schon fast nicht mehr wirtschaftliche, sondern mehr philosophische Frage: Inwieweit ist ein Wirtschaftsministerium frei im Begehen von Fehlern. Da das Wort frei stark schillert, müssen wir es erklären. Es liegt nahe, daß wir uns politisch unfrei fühlen und sich daraus automatisch eben keine Freiheit ergibt, Fehler zu machen. Insoweit wir aber politisch frei sind (wo sind wir es eigentlich wirklich?), ergibt sich die zweite Möglichkeit der Unfreiheit, nämlich daß der amtierende Wirtschaftsminister in einer Doktrin befangen und infolgedessen unfrei ist; dadurch wäre er also wiederum unfrei, Fehler zu begehen. Wir haben damit schon klar zum Ausdruck gebracht, daß die Fehler, die jetzt vom Bundeswirtschaftsministerium gemacht werden und die Gegenstand dieses Aufsatzes sind, aus dieser doppelten Unfreiheit entstehen. Wir können nicht anders. Wir können uns damit trösten, daß wir, auch wenn wir politisch frei und einen doktrinfreien Wirtschaftsminister hätten, vielleicht andere Fehler machten. Zum Richtigmachen ist es in jedem Falle zu spät. Das ist politisch und wirtschaftlich so. Die Konstitutionen, die in der politisch und doktrinär unfreien Zeit geschaffen wurden, belasten die Zukunft.

In Korsettstangen, aber lächelnd

Ebenso unfrei und aus eben den gleichen Gründen sind die USA. Man hat sich politisch auf Aufrüstung, genannt Verteidigung, eingestellt und ist damit, wie man immer deutlicher sieht, nicht mehr freier Herr seiner weiteren — auch wirtschaftlichen — Entschlüsse. Der kleine harmlose Schneeball, den man oben an der Spitze des Berges abrollen ließ, donnert nun mit seiner eigenen Schwerkraft zu Tal, wo er als Lawine mit seinen vernichtenden Folgen ankommt. Der erste Schritt ist frei, der zweite nicht mehr. Das ist eine nicht unbekannte Weisheit. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist man ebenso doktrin gebunden. Man darf sein Gesicht nicht verlieren, zumal man gegen Chinesen kämpft. Man muß beweisen, daß man die besten und die meisten Waffen herstellen kann. Man muß zeigen, daß das liberale System keineswegs dadurch sein Gesicht verliert, daß es einige sichtbare und auch einige unsichtbare Korsettstangen erhält. Zweifellos geht man in solchen Geradehaltern schön aufrecht und wenn man lächelt, glauben die anderen vielleicht, daß man frei ist —, „immer nur lächeln"

Bis hierher unterscheiden sich also die Wege der USA nicht von denen der Bundesrepublik. Der Unterschied wird erst durch die Erklärung des Bundeswirtschaftsministers erkennbar. Bekanntlich haben die USA am 27. Januar abends die Preise und Löhne mit Wirkung vom 25. Januar 24 Uhr ab einfrieren lassen, und zwar auf der höchsten Basis, die sie in der Zeit vom 19. Dezember 1950 bis zum 25. Januar 1951 erreicht hatten. Unser Bundeswirtschaftsminister erklärte sofort nach Bekanntgabe dieser Meldung, daß sich eine schematische Anwendung dieser amerikanischen Maßnahme auf deutsche Verhältnisse unter allen Umständen von selbst verbiete, weil sie in kürzester Frist zum wirtschaftlichen und sozialen Chaos führen würde. Unter Wirtschaftlern ist ein Sprichwort wenig geläufig: Eines schickt sich nicht für alle. Es wäre gut, wenn dieses Sprichwort auch in der Wirtschaft voll anerkannt würde. Gewiß würden die meisten ökonomischen Theorien damit in sich zusammenfallen, aber die praktische Wirtschaftspolitik würde Nutzen aus dieser Weisheit ziehen. Ist also nun Herr Erhard weise, wenn er nach diesem Sprichwort verfährt und nicht nachahmt?

Nachahmen oder nicht nachahmen, das ist hier die Frage

Dann müßte man wissen, was die USA wirklich machen werden. Die Kohlenarbeiter und die öffentlichen Angestellten hatten gerade eine Lohnerhöhung durchgesetzt, als das Dekret kam. Viele andere Arbeitergruppen sind mitten in Lohnverhandlungen. Rein rechtlich dürften diese Gruppen also keine Lohnerhöhung mehr bekommen. Es sickert aber schon durch, daß diese auch ihre Lohnaufbesserungen erhalten werden. Die Lebensmittelpreise liegen in den USA zur Zeit unter Parität, werden also von dem Stopp nicht betroffen, die Rohstoffpreise hat die USA-Regierung sowieso direkt und indirekt in der Hand (indirekt dadurch, daß sie Käufe für den stock pile tätigen oder unterlassen kann). In Baumwolle und Wolle bestehen Ausnahmen, denn hier werden die Verkaufspreise der Erzeuger nicht eingefroren, aber die Fertigwaren unterliegen der neuen Anordnung. Der Kohlenbergbau ist vorerst ebenfalls nicht von dem Preisstopp erfaßt.

Es ist nicht schwer, die groben Fehler in diesem sogenannten Stoppsystem zu erkennen. Gerade in den USA wäre es dringend notwendig gewesen, die Löhne zu stoppen, um die Inflation zu beenden oder wenigstens auf dem jetzigen Punkt zu halten. Gerade die Wolle- und Baumwolle-Preise hätten besonders scharf gestoppt werden müssen. Daß auch die Börse annimmt, der inflationäre Kurs werde auch nach der Stoppverordnung fortgesetzt, ergibt sich aus dem Abreagieren durch eine Hausse am Tage nach der Bekanntgabe dieser Verordnung.

Unechter Stopp und echter Ausweitungszwang

Zurück nach Deutschland. Also, Herr Erhard will das nicht nachahmen. Was will er nicht nachahmen? Der Stopp ist ja gar nicht echt — und er will keinen echten Stopp. Das Eigenartige ist aber, daß das, was Herr Erhard nicht will, nötig wäre und daß das, was die USA ja gar nicht gestoppt haben, bei ihnen nötig gewesen wäre. Herr Erhard ahmt also doch nach, obwohl sich das, was sich für die USA schickt, nicht für uns schickt. In Deutschland kann man z. Zt. allerdings weder die Löhne noch die Preise stoppen. Insoweit geben wir Herrn Erhard recht. Aber man darf in Deutschland nicht Löhne und Preise in einem Atemzug nennen. In Deutschland müssen nämlich in der nächsten Zeit die Löhne stärker steigen als die Preise. Und damit kommen wir auf den Fehler, die unsere Wirtschaftspolitik machen muß, weil sie nicht frei ist: Wir müssen den inflationären Kurs steuern — schon um den Anschluß an Westeuropa zu behalten, den wir uns ja auf politischem Gebiet erträumen. Herr Erhard selbst hat errechnet, daß in Westdeutschland die Grundstoffe nur um 16%, in Frankreich um 32% und in England um 63% gestiegen seien. Im Interesse der europäischen Solidarität kann das so mit Westdeutschland nicht weitergehen. Wir haben ja erlebt, wohin es führt, wenn die Preise zu niedrig sind: Hätten wir die Kohlenpreise rechtzeitig erhöht, dann wäre die Rationalisierung im Bergbau weiter vorgetrieben, und wir hätten heute keine Kohlennot. In den USA sind die Kohlenpreise sogar jetzt nicht einmal durch die Stoppverordnung betroffen. Dort hat man den Fehler nicht gemacht, den wir machen — mußten. Auch jetzt reicht der Kohlenpreis noch nicht aus, um Investitionen durchzuführen. Wir sind also schon wieder dabei, einen neuen Fehler zu machen. Und wenn jetzt noch die Belastungen des Schuman-Plans hinzukommen, dann sind Kohle und Eisen unrentabel (nicht zu vergessen die betriebswirtschaftlich nicht zu vertretende Forderung der Alliierten auf Entflechtung).

Wir können gar nicht anders wirtschaften als eine wesentliche Erhöhung des gesamten Preis- und Lohnniveaus zuzulassen, wobei die Löhne schneller steigen müssen als die Preise; denn sonst sind die kommenden „Verteidigungs"-Lasten ohne soziale Gefährdung nicht zu tragen. Wir können froh sein, wenn der Lebenshaltungskostenindex sich auf 180 und die Löhne sich auf 200 gegenüber 1936 einspielen. Dann geht es uns immer noch im Sinne einer gesunden Wirtschaftspolitik besser als allen Ländern, mit denen wir uns politisch verpflichtet fühlen. Denken wir nur daran, daß der bekannte USA-Moodys-Index heute auf 530 (1931 = 100) steht und berücksichtigen wie weiter, daß sich in Frankreich eine neue scharfe Inflationswelle vorzubereiten beginnt.

Die Tragik notwendiger Fehler

Es tut uns gewiß weh, daß die D-Mark international sich weiter abgeschwächt hat. 100 DM liegen z. Zt. in Zürich bei etwa 73 sfr gegen etwa 83 vor 8 Wochen. Das ist eine Entwertung um etwa 12%, der Dollar aber hat inzwischen eine Entwertung um ungefähr 30% im Verhältnis zum Gold am freien Goldmarkt durchgemacht, wie wir in der vorigen Ausgabe bereits ausrechneten.

Es ist also schon richtig, wenn wir das nicht nachahmen, aber mitgegangen, mitgehangen. Wir können nur das Ausmaß beschränken, und je mehr wir es beschränken können, um so besser, aber nur auf der Seite der Preise. In der Unfreiheit unserer Lage ist der Fehler, den unser Bundeswirtschaftsminister macht, notwendig. Unschuldig schuldig werden, das ist der Grundbegriff der Tragik. Aber es brauchte ja wohl eigentlich nicht bewiesen zu werden, daß wir uns in einem tragischen Geschehen befinden und daher auch unsere Wirtschaft tragisch werden muß. H.

Kriegswichtige Wasserleitungsrohre

Wir haben vor kurzem auf die Drosselung des deutschen Handels mit dem Osten und auf die mehr oder minder günstigen Handelsbeziehungen Englands zu den östlichen Ländern hingewiesen. Nunmehr klagt der Vorsitzende eines amerikanischen Untersuchungsausschusses, Senator O'Conor, daß verschiedene westeuropäische Staaten die sowjetische Kriegsanstrengungen indirekt unterstützen. Sie hätten mit amerikanischen Wiederaufbaugeldern Betriebe finanziert, die heute kriegswichtige Güter nach dem Osten lieferten. In erster Linie wirft O'Conor den Briten vor, daß sie von Februar bis November 1950 für 68 Mill. Dollar kriegswichtige Güter nach der Sowjetunion oder ihren Satellitenländern geliefert haben. Die Bundesrepublik wird beschuldigt, in dieser Zeit gar rund 200 000 Tonnen Ware nach diesem Gebiet exportiert zu haben. Es scheint, daß hier auch die Mengen eingerechnet wurden, die die Bundesrepublik nach der Ostzone geliefert hat. Wir bezweifeln, daß bei der scharfen Überwachung unserer Grenzen irgendwelche nennenswerte Mengen kriegswichtiger Güter nach den östlichen Ländern gelangt sind. Die Kontrolle durch alliierte Organe ist scharf, und wir könnten z. B. niemals — auch wenn wir sie hätten — 5000 Tonnen Aluminium nach China, Polen und nach der Tschechoslowakei verfrachten wie die kanadische Aluminium-Gesellschaft. Jedenfalls ist die Anzahl der inzwischen an deutschen Grenzstationen gestoppten Waggons mit westdeutschen Lieferungen z. B. für die Tschechoslowakei auf 60 gestiegen. Hierunter befinden sich die seit Wochen zurückgehaltenen 21 Waggons Wasserleitungsrohre. Offenbar besteht die Absicht, die Verschärfung der Export-Kontroll-Bestimmungen für die Bundesrepublik mit rückwirkender Kraft zu versehen, um die zurückliegenden Eingriffe auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, obwohl die deutschen Lieferungs-Kontrakte genehmigt waren. Als unmittelbare Folge dieser drohenden weiteren Drosselung des deutschen Osthandels wird der schleppende Anfall tschechoslowakischer Kohle für Bayern angesehen und auch weiterer wichtiger Rohstoffe, wie Kaolin, Holz und einiger chemischer Grundstoffe. Es ist durchaus möglich, daß Polen und auch andere Ostländer ebenfalls weniger Lieferfreudigkeit zeigen werden.

Andererseits ist man insbesondere in westdeutschen Außenhandelskreisen über das neue französisch-polnische Handelsabkommen einigermaßen erstaunt, denn es liegt keinesfalls auf der Linie der uns gepredigten Zurückhaltung. Nach den vorläufigen Vereinbarungen sind die polnischen Einkaufsstellen ermächtigt, im ersten Vierteljahr folgende Waren in Frankreich zu kaufen: 60 000 t Phosphate, 25 000 t Eisenerze, für 200 Mill. ffr Eisen und Stahl, für 40 Mill. Autoreifen, für 100 Mill. Autoersatzteile, für 50 Mill. ffr Korkholz, für 200 Mill. Chemikalien und für 250 Mill. Wollkämmung. Frankreich wird im gleichen Zeitabschnitt im wesentlichen Kohle beziehen, und zwar 150 000 t, außerdem Mais, Sojabohnen und Textilien. Es handelt sich um ein Sonderkontingent von Kohle, das zusätzlich zu den rund 50 000 bis 60 000 t je Monat geliefert wird. Frankreich benötigt zweifellos diese Kohle. Es hat sich seinerseits aber verpflichtet, Güter zu liefern, die in der der Bundesrepublik überreichten Kontrolliste als „kriegswichtig" bezeichnet sind.

Um das Bild abzurunden und das von uns geforderte Vertrauen zu der westalliierten Zusammenarbeit und Koordinierungsfähigkeit zu stärken, wollen wir den „Daily Graphic" zitieren, der über die „Geschenke an Stalin" schreibt: „Während der ganzen Zeit, in der der Kalte Krieg langsam wärmer wurde, haben wir Güter im Werte von 8,26 Mill. Pfund in die Sowjetunion exportiert; das sind 50 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 1949. Und das in der Zeit, als die Aggression in Korea anrollte, in einer Periode, in der die Drohung eines allgemeinen Krieges erschreckend näher gerückt war . . . Die Regierung erklärt, daß wir Stalin keine Maschinen mehr senden, die bei der Waffenproduktion benutzt werden könnten. Jedoch findet man unter den Exportartikeln der vergangenen zehn Monate Generatoren und Generatorenteile im Werte von rund 5 Mill. Pfund. In der Rüstungsindustrie aufgestellt, können diese Generatoren die stark beanspruchten Elektrizitätswerke entlasten. Sie tragen mit zur Entwicklung der sowjetischen Produktion bei, während die Erzeugung in unseren eigenen Fabriken durch Stromkürzungen beschnitten wird."

So gesehen, müßte man an die Rückversicherer „en miniature" einen weniger harten Maßstab anlegen.

Wiederbelebungsversuch der Nibelungen-Gefolgschaftstreue

Während des Besuches des Oberkommandierenden der Atlantikstreitkräfte wurde auch viel über die Ehre des deutschen Soldaten gesprochen und geschrieben. Da der disziplinierte deutsche Soldat diese Ehre nicht verloren hat, war die Debatte darüber vollkommen überflüssig, und seine Ehre benötigte keiner „Wiederherstellung". Jedoch sollte dieses Thema, einmal angeschnitten, auch mit der entsprechenden Offenheit behandelt werden. Und das war leider nicht der Fall.

Wenn die gebürtigen Amerikaner keinerlei Ressentiments dem deutschen Volk und Deutschland gegenüber spüren, so glauben wir es und wollen unsererseits dazu beitragen, daß die Ressentiments, die ja in einem besiegten und besetzten Land ungleich stärker sind als beim Sieger, abgebaut werden. Dies kann ungewöhnlich erleichtert werden, wenn beiderseits genügend Mut zur Wahrheit aufgebracht wird. Erst auf dieser Basis kann wieder gegenseitiges Vertrauen gewonnen werden. Das deutsche Volk ist vielleicht etwas komplizierter als andere Völker und kann deshalb der Erklärung „Vergangenes ist vergangen" nicht so ohne weiteres zustimmen. So gut sie auch gemeint und in der heutigen Situation erforderlich ist, könnte sie leicht als „Spruch" gewertet werden, dies um so mehr, als noch Gesetze in voller Kraft und Wirksamkeit sind, die vor fünf Jahren von den Alliierten erlassen wurden und einen Teil des deutschen Volkes mehr oder weniger entrechteten. Wenn aber die Westalliierten zur Abwehr der Gefahr aus dem Osten die deutsche Volkskraft zu mobilisieren wünschen, dann müssen sie den Mut haben, das ganze deutsche Volk anzusprechen; mit Halbheiten wurde noch kein Erfolg erzielt. Allerdings ist es schwer, von einem Sieger ein gewisses Maß von Selbstkritik zu fordern.

Auch die deutschen Soldaten sind einmal als Sieger in fremde Länder einmarschiert. Eine Besetzung ist für die betroffenen Völker kein Vergnügen, denn sie ist immer hart und Soldaten sind nun einmal keine Engel. Der deutsche Soldat fand aber, und das wird man ihm wohl nicht abstreiten können, keinen Gefallen daran, der Zivilbevölkerung im besetzten Lande die Uhren, Schmuckstücke, Drehbleistifte und Füllfederhalter abzunehmen und sich gar mit Armbanduhren vom Handgelenk bis zum Ellbogen zu schmücken oder sich Dutzende Taschenuhren an den Gürtel zu hängen. Auch fiel es ihm nicht ein, die Frauen und Mädchen dieses Landes als Freiwild zu betrachten, so daß von seiner Seite kaum Vergewaltigungen vorkamen, auch wußte er, daß exemplarische Strafen für ein solches Vergehen verhängt wurden. Der Landser prügelte in Gefangenschaft geratene gegnerische Soldaten nicht mit Zaunlatten oder Gewehrkolben zu Tode, oder stellte sie an die nächste Wand, wie es mit deutschen Panzerbesatzungen geschah, nur weil sie eine schwarze Uniform trugen, ähnlich der Friedensuniform der SS. Kein deutscher Unteroffizier oder gar Offizier hätte es z. B. gewagt, die von der Bevölkerung für die eigenen hungernden Kriegsgefangenen gesammelten Eßwaren vor dem Gefangenenlager aufzustapeln, mit Benzin zu übergießen und zu vernichten. Notfalls könnte man dies noch unter „Befreiung" buchen. Gefangene Soldaten jedoch Spießruten laufen lassen und prügeln, ist eine Kränkung, die etwas tiefer wirkt und die man nicht mit einigen netten Worten vergessen machen kann.

Die Westalliierten sollen sich nicht täuschen oder täuschen lassen; wenn sie einigermaßen informiert sind, werden sie wissen, daß die Ressentiments des deutschen Volkes ihnen gegenüber nicht auf dem Schlachtfeld geboren wurden, sondern in der Gefangenschaft und in den ersten Jahren der Besetzung, wo einer Minderheit von Racheengeln eine fast unbeschränkte Macht in die Hände gespielt wurde. Diese Macht wurde ohne Rücksicht auf die demokratische Mission der Amerikaner in Europa unglaublich mißbraucht. Da aber diese Minderheit den Besatzungsapparat im großen Ausmaß beherrschte, war dem amerikanischen Volke gegenüber stets alles in bester Ordnung. Wie sehr dem amerikanischen Ansehen von dieser Minderheit Schaden zugefügt wurde, wird, wir sind dessen gewiß, eine spätere Geschichte einmal künden.

Wir sagten schon, Halbheiten bringen keinen Erfolg und deshalb weisen wir darauf hin, daß die Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik schon rein zahlenmäßig nicht genügen, einen nennenswerten Beitrag zur Verteidigung „der Wiege der europäischen Kultur" zu leisten, ganz abgesehen davon, daß der überwiegende Teil von ihnen der östlichen Kultur huldigt. Man benötigt schon etwas mehr Verteidiger und auch etwas jugendlicher, denn diejenigen, die die westliche Kultur vor 1933 verteidigt hatten, sind zwar brave Demokraten, aber sie sind nicht mehr felddienstfähig. Wohl aus ihren Reihen wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Deutschen, wenn sie gerufen werden, General Eisenhower als dem Verteidiger Europas die Gefolgschaft ebensowenig versagen werden, wie einst einem Türkenlouis und dem Prinzen Eugen.

Um zu verhindern, daß den vielen Irrtümern noch neue hinzugefügt werden, wagen wir einigen Zweifel zu äußern über diese Anpreisung uneingeschränkter nibelungischer Gefolgschaftstreue. Sie dürfte wohl der Ausfluß der Genugtuung über die bemerkenswerte amerikanische Feststellung sein, daß das deutsche Volk zum Westen zähle, also zur Wiege der europäischen Kultur. Man darf aber nicht vergessen, daß der Kontrollrats-Ketten noch zuviele sind und daß sie uns letzten Endes behindern, unseren Vorfahren unter den Fahnen des „edlen Ritters" nachzueifern. Möglich, daß man ein freiwilliges Kontingent in der damaligen Größe aufzubringen vermag, aber es dürfte für die heutigen Materialschlachten etwas zu gering sein.

Wir meinen, daß es wenig ansprechend ist und auch wenig überzeugend wirkt, wenn man, noch kettenbehangen, schon so dienstbeflissen und ungeduldig die deutschen Eichbäume schüttelt. H.E.A.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

forscht werden, dann haben wir leichte Bedenken im Hinblick auf die Freiheit des Arbeitsplatzwechsels (an Heidenklau denken wir dabei vorläufig noch nicht, zumal das ja der umgekehrte Vorgang war. Immerhin wird man ja bei der Remilitarisierung auch irgendwie an die Arbeitsreserven herangehen). Nun sind wir allerdings in Deutschland so weit, daß mancher Flüchtling, der ja nun an Unfreiheit langsam gewöhnt ist, gern noch einmal unfrei an einen anderen Ort gehen wird, wenn er dort eine gute Arbeit findet, wobei auch dieses neue Gesetz kaum dafür sorgen kann, daß dieser Flüchtling dort eine Unterkunft findet.

Überflüssige „Forschung"

Es klingt erfreulich, wenn man die besten Möglichkeiten zur Produktionserhöhung erforschen will. Sollte es sich in Bonn noch nicht herumgesprochen haben, so wollen wir ein Geheimnis verraten: Die Produktion würde sich in Deutschland laufend weiter erhöhen ohne staatliche Erforschungsgremien, wenn die Rohstoffzufuhren laufend weiter steigen, wenn genug Strom, Kohle und Stahl da ist und wenn man der Wirtschaft hinreichend finanzielle Mittel läßt, um weiter zu investieren. Herr Schäffer also sollte forschen, wie er den geplanten Wegfall von Steuervergünstigungen vermeiden kann, und Herr Erhard sollte zusammen mit den internationalen Rohstoffgremien erforschen, wie er mehr Kupfer und Zink heranbringt. Das andere erforscht die Wirtschaft schon gern selbst und kommt dabei zu besseren Ergebnissen.

Vorleistungen, die wir mitrechnen

Es wird aber noch an einer anderen Stelle geforscht. Aus einer Rundfunknachricht entnahmen wir, daß in den USA Forschungen darüber angestellt werden, welche finanzielle Belastung man Deutschland als Beitrag zur Sicherung Europas auferlegen könne. In dieser sehr aufschlußreichen Meldung hieß es, man wisse, daß man Deutschland nicht 14% des Volkseinkommens als Belastung auferlegen könne wie in den USA — eine erfreuliche Einsicht. Aber mehr als bisher müsse Deutschland doch leisten. Diesen Satz haben wir nicht ganz verstanden. Bis jetzt leisten wir ja noch gar keinen Beitrag zur Sicherung Europas. Bis jetzt müssen wir nur 6 Mrd. DM im Jahr für die keineswegs anspruchslosen Bedürfnisse einer Besatzungsmacht zahlen, und nur ein kleiner Teil dieses Betrages könnte evtl. als Beitrag zur Sicherung Europas betrachtet werden. Immerhin macht dieser Betrag schon jetzt etwa 8% des Volkseinkommens aus. Und an die Vorleistungen wollen wir auch schüchtern erinnern: Die bei uns demontierten Maschinen arbeiten ja nun auch — soweit sie nicht Sowjetrußland zugeschrieben sind — direkt und indirekt für die Sicherheit Europas. Die deutschen Patente haben wir unfreiwillig gratis in den großen Kapitalfond zur Sicherung Europas eingebracht. Man wird zugeben müssen, daß das nicht wenig ist, was wir bereits vorgeleistet haben.

Ein neues Dawes-Gutachten?

Wir kramen noch weiter in Erinnerungen. Nimmt man sich heute aus dem Bücherschrank das Dawes-Gutachten und den Young-Plan, dann haben wir all dies schon einmal erlebt und man stellt mit einigem Kopfschütteln diese Bücher wieder fort. Damals erforschte man die Leistungsfähigkeit Deutschlands und behauptete, daß Deutschland nach Ablauf von 4 bis 5 Jahren 2,5 Mrd. Mark jährlich an Reparationen leisten könne (es war damals ein größeres Deutschland!). Aber ehe Deutschland so weit kam, diese Reparationslast aufzubringen, war die große Weltwirtschaftskrise ausgebrochen. Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Forschung, und wir sind vor allem darauf gespannt was geschieht, wenn das, was man für zumutbar hält, nicht ausreicht, um Herrn Eisenhowers Ansprüche und Erwartungen zu erfüllen.

Jedenfalls steht fest, daß Herr Schäffer in seinem Etat ein großes Loch hat und kurz nach Erscheinen der vorigen Ausgabe der „Wirtschaftsrevue" hat er frei und offen erklärt, es fehlten etwa 4½ Mrd. Man könnte unglücklich darüber sein, aber unsere Leser wissen, daß wir es gar nicht anders erwarten und daß wir uns damit abfinden müssen, in der nächsten Zeit — in der nächsten langen Zeit — mit unausgeglichenen Etats auszukommen. Auf die rein politische Frage wollen wir gar nicht eingehen, was passieren könnte, wenn der Bundestag erklärte, soviel könne er nicht zahlen.

Optimismus oder Sachwertinteressen?

Wir sind aber Optimisten und die deutschen Börsen sind es auch. Jedenfalls haben die deutschen Börsen in der vergangenen Woche einen ganz netten Kursanstieg gezeigt. Sowohl der Berufshandel wie die Bankenkundschaft nahmen Meinungs- und Anlage-Käufe vor. Hierbei standen Textil-, Zellstoff-, Maschinen-, Chemie- und Kali-Aktien im Vordergrund. Montan-Werte, die im Anfang der Woche wegen der gescheiterten Mitbestimmungsverhandlungen schwach lagen, holten auf, als die Gefahr des Streiks beseitigt war; sie konnten dabei Tagesgewinne bis zu 3% erzielen. Textil- und Zellstoffwerte gewannen bis zu 13%. Kaliwerte bis zu 8½% und Maschinenbau-Aktien bis zu 6½%. Daß Hypothekenbank-Aktien sich stark abschwächten, kann bei der traurigen Verfassung des Kapitalmarktes nicht wundern.

Ist es nun Optimismus oder ist es Unsicherheit? Man hört aus Börsenkreisen, daß diese starke Aufwärtsbewegung der Kurse auf Anlagekäufe zurückzuführen seien. Man steigt aus dem Geld, soweit man es hat, aus und in Werte ein. Damit kann man der DM-Entwertung in etwa begegnen. Es ist also ein gewisses Hamstern, das man hier beobachten kann. Eine Prognose ist nicht leicht. Gewiß ist die Gefahr von Rückschlägen vorhanden und wird auch in einigen Börsenberichten bereits angedeutet, da man das Kursniveau bereits für reichlich hoch hält, aber man soll auf der anderen Seite nicht verkennen, daß freies Geld — und es gibt scheinbar doch noch mehr als amtlicherseits vermutet wird — in Anbetracht der kommenden schweren Steuerbelastungen eher weniger geneigt ist, in Produktions-Investitionen zu gehen. Der Stückmangel gibt hier die endgültige Grenze, aber der Handel mit Zuteilungsrechten nimmt bereits an Umfang zu. Wir sehen in dieser Tatsache eher einen Beweis, daß die Tendenz weiter fest bleibt, soweit sie auf den hier eben dargelegten Gründen beruht.

Selbst über diese Gründe hinaus erscheint uns der Optimismus der Börsen doch echt. Vom Standpunkt der Wirtschaft aus gesehen, werden die Bemühungen um Produktionssteigerung in Deutschland doch zweifellos durch die Verteidigungspolitik unterstützt, so daß mit einem Rückgang der Produktion nicht gerechnet werden kann, sondern eher mit einer Steigerung.

Wir wollen auch nicht die Bedeutung des Aufatmens unterschätzen, das durch die Wirtschaft ging, als man sehen konnte, daß der Streik in der Eisenindustrie vermieden wurde. Das Gespenst des Streiks hatte sehr lähmend gewirkt. Auf dem sozialen Sektor sind wir allerdings keineswegs alle Sorgen los. Im Gegenteil. Jedoch darüber haben wir in den letzten Ausgaben oft und ausführlich gesprochen.

Preiserhöhungen

Es ist kein Wunder, daß die deutsche Gummi-Industrie die Preise für Reifen erhöht hat. Wir kündigten diese Preiserhöhung bereits im Dezember für Ende Januar an. Der Frachtenausschuß der Rheinschiffahrt hat beschlossen, die Rheinfrachten für den Kohlenverkehr auf der Strecke zwischen Ruhrort und Mannheim sofort um 0,85 DM zu erhöhen. Von dieser Frachterhöhung erhält die Rheinschiffahrt 0,50 DM und 0,35 DM werden zur Abgeltung des Kleinwasserrisikos zurückgestellt.

Die Preisindexziffer für die Lebenshaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie ist von Mitte November bis Mitte Dezember 1950 um 1% gestiegen und beträgt auf der Basis 1938 (= 100) 151 und auf der Basis des ersten Quartals 1949 (= 100) 91.

Devisennot

Zum Schluß noch ein Wort zur Rohstofflage. Der Bundesverband der deutschen Industrie vertritt die Auffassung, daß die deutsche Rohstoffversorgung z. Zt. von Devisenproblemen überlagert ist und darum teilweise in Westdeutschland Rohstoffe verknappt sind, für die am internationalen Markt kein Mangel besteht (z. B. Zinn). Eine weitere Erschwerung der Rohstoffversorgung liege in den Herstellungsverboten der Alliierten, insbesondere für Buna und Benzin. Darum ergäbe sich die Frage, warum auf einzelnen Gebieten, wie Rohstahl, Chlor und Stickstoff Bewirtschaftungsmaßnahmen eingeführt werden sollen, wenn die vorhandenen Kapazitäten auf Grund der alliierten Produktionsbeschränkungen nicht voll ausgenutzt werden könnten.

Im Zuge der Produktionserhöhungen, die man von Westdeutschland erwartet, wird es also notwendig sein, erstens die Produktionsbeschränkungen und Produktionsverbote aufzuheben und zweitens Westdeutschland devisentechnisch besser zu stellen. In diesen beiden Richtungen müßten neue Vorstöße vorgenommen werden. Eine Reihe von Verknappungserscheinungen würden von selbst dadurch verschwinden.

Der Schuman-Plan scheint nun doch in das Stadium der Paraphierung gelangt zu sein. Trotz aller großen wirtschaftlichen Opfer, die Westdeutschland damit bringen muß, hat die Politik gesiegt. Adenauer wollte den Schuman-Plan, und so wird er vielleicht in den nächsten Tagen paraphiert werden. Wir werden uns dann ausrechnen können, was es uns kostet und was wir es uns kosten lassen, die deutsch-französische Verständigung zu betonen. H.

Unsere Lageberichte

Ungenutzte Ziegelei-Kapazitäten — Produktions-Rückgang bei Zellstoff, Papier und Pappe — Altpapier-Aufkommen zu gering — Stickstoffabrufe noch niedrig

Ziegelindustrie

Die Ziegeleien des Bundesgebietes haben im vergangenen Jahre 4,4 Milliarden Mauerziegel und 900 Mill. Dachziegel hergestellt. Trotzdem blieb ein wesentlicher Teil der Kapazität der Ziegeleien unausgenutzt. Bei voller Kohlenversorgung könnten jährlich 6 Mrd. Mauerziegel und 1,5 Mrd. Dachziegel gefertigt werden. Der Wirtschaftsverband Ziegelindustrie erklärt dazu, daß die augenblicklichen Kohlensorgen der Ziegeleien sich nachhaltig für die Bauwirtschaft auswirken werden. Schon jetzt stehe fest, daß ein großer Teil der errichteten Bauten infolge Mangel von Dachziegeln nicht mehr abgedeckt werden kann und sich dadurch der Innenausbau zwangsläufig verzögert.

Zellstoff, Papier und Pappe

In der Zellstoff, Papier und Pappe erzeugenden Industrie wurde der Kohlenmangel im November noch allgemein aus Sommerlagerbeständen überbrückt. Im Dezember jedoch war es bei einer Kohlenauslieferung von nur 50 v. H. lediglich kleinen und mittleren Betrieben möglich, sich mit Rohbraunkohle, Braunkohlenschwelkoks und syndikatfreier, minderwertiger Kohle zu behelfen. Großverbraucher an Kohle, wie die Zellstoffabriken Kostheim, Kehlheim und Waldhof dagegen sahen sich zu einer Produktionseinschränkung oder zur Stillegung genötigt. Daher sind an Zellstoff nicht einmal 50 v. H. der vorgesehenen Kontraktmengen im Dezember/Januar den Abnehmern ausgeliefert worden. Für Dezember, in dem der Ausfall gegenüber Oktober/November rund 18 v. H. bei Papier und 12 v. H. bei Pappe betrug, konnte notdürftig auf Strohzellstoff und Altpapier ausgewichen werden. Die Folgen dürften besonders im Januar/Februar spürbar werden, wenn auch die Lagerbestände an Zellstoff und Altpapier erschöpft sind. Weiter erschwert die Preissteigerung für die einzuführenden Rohmaterialien, wie Zellstoff, Altpapier und Holzstoff, auf dem Weltmarkt — innerhalb eines Jahres um das Drei- bis Vierfache — die Produktion; die freigegebenen Devisenbeträge reichen nur für 33 v. H. bis 35 v. H. der ursprünglichen Einfuhr. Allein in Zeitungspapier konnte die Erzeugung mit Unterstützung der Bundesregierung, besonders bei der Kohleversorgung, aufrecht erhalten werden.

Altpapier

Westdeutschlands Papierfabrikation verbraucht monatlich etwa 55 000 Tonnen Altpapier. Davon werden rund 15 000 Tonnen eingeführt mit einem Wert von mehr als 4,5 Mill. DM. Das heimische Aufkommen an Altpapier ist bislang nicht über 30 v. H. gesteigert worden. Demgegenüber werden in den USA 60 v. H. der gesamten Papierausgabe als Altmaterial wieder aufgearbeitet. Bei sorgsamer Erfassung aller Zeitungs- und aller sauberen Papierabfälle müßten nach fachmännischer Schätzung auch in Westdeutschland weit mehr Altpapiermengen nutzbar gemacht werden können.

Stickstoff

Die Abnehmerschaft hält mit den Abrufen für Stickstoff zur sofortigen Lieferung immer noch zurück. Da in den benachbarten Niederlanden und zum Teil auch in Frankreich die Lage zur Zeit nicht wesentlich anders ist, hat offenbar die bisherige winterliche Witterung die westeuropäische Landwirtschaft davon abgehalten, sich auf die bevorstehende Düngesaison vorzubereiten. Die deutsche Düngemittelindustrie betont die Gefahr, daß bei weiterer Zurückhaltung mit Abrufen im März den Anforderungen zur sofortigen Lieferung nicht genügt werden kann. Sie würde es begrüßen, wenn die Abnehmer rechtzeitig für die Frühjahrsdüngung die erforderliche Vorsorge treffen würden.

Belebung des Kapitalmarktes

Anpassung an neue Lage gefordert

Bei der Aussprache über die notwendige Belebung des Kapitalmarktes wird von den Sparkassen die Ansicht vertreten, die Kapitalbildung der breiten Schichten der Bevölkerung müsse weniger durch eine Erhöhung des Zinsfußes als durch eine Stärkung des Vertrauens in die Werterhaltung der gesparten Gelder gefördert werden. Aus diesem Grunde fordern sie eine Änderung der Deckungsvorschriften. Ein mäßiger Anteil der Sparbeträge — es wird von etwa 20 v. H. gesprochen — soll in Sachwerten, wie Grundstücken, Wohnhäusern oder auch in sicheren Aktien, z. B. solchen von Versorgungsunternehmen, angelegt werden dürfen. Die Rechtsbestimmungen müßten so geändert werden, daß der Sparer ein unmittelbares Eigentumsrecht an diesen Werten erlange. Ähnliche Vorschläge werden von den Hypothekenbanken propagiert. Sie betonen, daß schon zweimal die Hypotheken auf einen Bruchteil ihres Wertes zusammengestrichen worden sind, obwohl das Pfandobjekt erhalten geblieben war. Jedesmal sei der Staat in die so freigewordene Lücke eingedrungen, einmal mit der Hauszinssteuer und andere Mal mit der Lastenausgleichshypothek. Die Hypothekenbanken wünschen an Stelle des Pfandrechtes ein Miteigentumsrecht, das nicht durch eine Geldentwertung oder durch ein einfaches Gesetz dem Hypothekengläubiger wieder genommen werden kann.

Alle diese Überlegungen gehen davon aus, daß durch die Notenbankpolitik allein das Vertrauen in die Wertbeständigkeit der Ersparnisse nicht gesichert werden könne, da der Staat bei Steigerung seiner Finanzbedürfnisse doch immer wieder auf eine inflationistische Entwicklung hinstrebe. Nun gibt es tatsächlich neben dem Kapitalmangel heute für weite Kreise auch einen Mangel an ihnen sicher erscheinenden Anlagemöglichkeiten. Derjenige, der kein eigenes Geschäft hat, in dem er seine Ersparnisse anlegen kann, weiß häufig nicht, wie er die nicht zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse benötigten Gelder sicher unterbringen soll. Sieht er die Sparkasse und die Wertpapieranlage nicht als genügend zuverlässig an, so deckt er sich mit Waren ein, die ihm noch den besten Sachwert zu repräsentieren scheinen. Nur so ist es zu erklären, daß die Kaufkraft der Bevölkerung immer noch in voller Höhe an den Markt kommt. Die große Nachfrage z. B. nach Textilien und unverderblichen Lebensmitteln ist ein sicheres Zeichen dafür, daß viele Einkommen nicht voll für den Haushalt benötigt werden. Hierbei zeigt es sich weiter, daß die „kapitalkräftigen Schichten" auch in der Industriearbeiterschaft anzutreffen sind. Bei hohen Löhnen, Überstunden, Sonntagsschichten, usw. ist dies leicht erklärlich. Befinden sich in einem Haushalt mehrere Verdiener, wie es bei früh heiratenden Arbeitern oft der Fall ist, und kommt jeder dieser Verdiener in den Genuß des steuerfreien Grundbetrages, so ist das Gesamteinkommen dieses Haushaltes bedeutend größer als z. B. bei Berufen mit akademischer Vorbildung, die erst spät heiraten können und deshalb bis in das hohe Alter hinein mit erheblichen Erziehungskosten belastet sind.

Bei den Bemühungen um eine nachhaltige Belebung des Kapitalmarktes werden die Veränderungen in der Einkommensstruktur viel genauer beobachtet werden müssen, als es im allgemeinen bisher geschehen ist. Vorläufig haben sich lediglich die Lebensversicherungen darauf eingestellt, indem sie an Stelle des früher vorherrschenden Großlebensgeschäftes zunehmend das Kleingeschäft fördern.

Vereinfachtes Exportverfahren in Vorbereitung

Vorbereitungen für eine Vereinfachung des Exportverfahrens werden gegenwärtig im Bundeswirtschaftsministerium getroffen. Die Arbeiten haben das Ziel, das technische Verfahren bei der Verwendung von Mustern und Warenproben, die Durchführung der Kleinstausfuhren und die auszustellenden Papiere zu vereinfachen.

Daneben strebt das Bundeswirtschaftsministerium Erleichterungen für den Auslandsreiseverkehr an. Vor allem soll die Bearbeitung der Paßanträge bei den deutschen Stellen beschleunigt und bei den ausländischen Stellen eine raschere Erledigung der Visaanträge erreicht werden.

Ferner prüft das Bundeswirtschaftsministerium die Möglichkeit, die Gebühren der Außenhandelsbanken im Exportgeschäft zu senken und das Verfahren für Veredelungsgeschäfte — besonders hinsichtlich des Identitätsnachweises — zu erleichtern.

Deutsch-türkisches Warenabkommen paraphiert

Die seit einiger Zeit in Bonn gepflogenen deutsch-türkischen Wirtschaftsverhandlungen sind mit der Unterzeichnung verschiedener Dokumente zwischen dem türkischen Staatsminister Karaosmanoglu und dem Bundesminister für Wirtschaft, Prof. Dr. Erhard, in vollem Einverständnis am 26. Januar beendet worden. Diese Vereinbarungen, von denen erwartet wird, daß sie den Handel zwischen den beiden Ländern zu einer vollen Entfaltung bringen werden, sehen die Abänderung aller, den heutigen Bedingungen nicht mehr entsprechender Vorschriften vor und werden sowohl dem deutschen Industrie-Export nach der Türkei als auch dem türkischen Produzenten einen gegenseitigen breiten Markt eröffnen. Im Rahmen dieser Vereinbarungen, die im allgemeinen die Bestimmungen für den Austausch der verschiedenen Waren und die Regelung der Zahlungen vorsehen, hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der deutschen Zigaretten-Industrie als Zeichen ihres Verständnisses für die Bedürfnisse der türkischen Tabak-Wirtschaft für die nächsten drei Jahre die Abnahme einer Mindestmenge von 35 000 t türkischer Tabake in Aussicht gestellt. Die türkische Regierung hat dem gegenüber die von der deutschen Industrie geäußerten Exportwünsche erfüllt.

Neue Obst-Einfuhren aus der Schweiz

Mit Obstlieferungen aus der Schweiz im Werte von rund 1,0 Mill. Dollar ist in der nächsten Zeit zu rechnen. In einer Besprechung eines deutsch-schweizerischen Sachverständigen-Ausschusses für Obst und Obstprodukte wurde beschlossen, daß die Bundesrepublik noch im Januar 300 000 Dollar für die Einfuhr von Obst aus der Schweiz bereitstellt, dessen Lieferung ab 1. März d. Js. erfolgen soll. Weitere 700 000 Dollar sollen von den zuständigen Behörden der Bundesrepublik bis spätestens 20. Februar mit Lieferbeginn ab 1. Mai d. Js. ausgeschrieben werden. Auf der Besprechung wurde erklärt, daß bei einer erneuten Inkraftsetzung eines allgemeinen Einfuhrstopps für Äpfel von seiten der Bundesrepublik die gleiche Maßnahme auch für die Schweiz Gültigkeit hat. Über die Festsetzung von sogenannten Sperrfristen bei der Einfuhr von Obst aus der Schweiz soll erst Ende April d. Js. in einer erneuten Besprechung des Sachverständigen-Ausschusses beraten werden.

Anläßlich der Besprechungen des deutsch-schweizerischen Sachverständigen-Ausschusses für Obst und Obstprodukte erhob ein Vertreter der Schweizerischen Bundesbahn Beschwerde über die Schließung der deutschen Pflanzenschutz-Untersuchungsstellen in Singen und Friedrichshafen. Es wurde von schweizerischer Seite erklärt, daß die angeblich aus Ersparnisgründen erfolgte Schließung dieser Untersuchungsstellen den beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen schädlich ist. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist den Regierungen der Schweiz und Westdeutschlands zur weiteren Veranlassung zugeleitet worden.

Wegen der Papierknappheit sind wir leider gezwungen, die nächste Ausgabe unseres Blattes ausfallen zu lassen. Wir bringen dafür am 14. Februar eine Doppelnummer.

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH.

Holzversorgung bei wachsendem Einfuhrbedarf

Die von den Bundesbehörden im Einvernehmen mit den Länderregierungen erfolgte Neufestsetzung eines Richtpreises für Rohholz, die in Kreisen der Forst- und Holzwirtschaft mit Spannung erwartet worden ist, hat das allgemeine Interesse auf die Holzversorgungslage im Bundesgebiet gelenkt. Das BEM gibt hierüber den folgenden Bericht.

Die Versorgung der holzbe- und -verarbeitenden Betriebe mit Rundholz im Bundesgebiet ist seit 1945 infolge des Ausfalls der deutschen Ostgebiete, der Zonentrennung, des Raubbaues in den Forsten, sowie wegen der geringeren Einfuhrmöglichkeiten sehr beeinträchtigt. In den Jahren vor dem letzten Weltkrieg standen für die Belieferung Westdeutschlands die nicht unerheblichen Forstbestände der heutigen Ostzone und der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie zur Verfügung. Außerdem bestand zu dieser Zeit noch die Möglichkeit, in gewissem Umfang Rundholz aus Finnland, Polen, der Tschechoslowakei, Österreich und einigen anderen Staaten zu beziehen. Nachdem durch den großen Holzbedarf im Zuge der Rüstungs- und Kriegsvorbereitungen bereits jahrelang 150% des natürlichen Zuwachses geschlagen worden waren, sind außerdem nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 dem Wald in den westdeutschen Gebieten weitere große Aderlässe durch die von den Besatzungsmächten angeordneten Einschläge zugefügt worden. Westdeutschland, das früher immer einen Holzeinfuhrbedarf hatte, wurde Holzexportland. Während die US-Zone von Rundholzexporten verschont werden konnte (aus ihr wurde nur Schnittholz ausgeführt), mußten aus der britischen und der französischen Besatzungszone große Rundholzmengen in verschiedene europäische Länder geliefert werden. Die Einschlagsprozentsätze stiegen durch die sogenannten Direktoperationen teilweise auf 200 bis 300%. Erst nach Beendigung der Zwangseinschläge konnte der Hiebsatz allmählich eingedämmt werden. Während in den

Forstwirtschaftsjahren	1946/47	51 Mill. fm
	1947/48	48 Mill. fm
	1948/49	35 Mill. fm
	1949/50	29 Mill. fm

Holz geschlagen wurden, ist für die nächsten Jahre folgender Einschlag vorgesehen:

Forstwirtschaftsjahr	1950/51	23,5 Mill. fm
	1951/52	22 Mill. fm
	1952/53	18,8 Mill. fm

Mit den 18,8 Mill. Festmetern im Forstwirtschaftsjahr 1952/53 (1. 10. 1952—30. 9. 1953) sind 100% des natürlichen Zuwachses erreicht. Schon dieser Rückgang des Einschlages läßt klar erkennen, daß das für die holzbe- und -verarbeitende Industrie aus der inländischen Erzeugung zur Verfügung stehende Rundholz bis zum Jahre 1953 laufend weniger wird, weil die inländischen Forsten entsprechend dem jährlichen Zuwachs erhalten die Kahlschläge wieder aufgeforstet werden müssen. Mit größeren Rundholzeinfuhren kann heute im Gegensatz zu der Zeit vor dem letzten Weltkrieg nicht gerechnet werden, weil die Länder, die früher noch Rundholz ausführten, heute einen Export ablehnen, um das Rundholz zur Beschäftigung ihrer eigenen Holzbearbeitungswerke im Lande zu behalten.

Obwohl die Schnittholzversorgung von dem zur Verfügung stehenden Rundholz für den Einschnitt in starkem Maße abhängig ist, kann die Deckung des Schnittholzbedarfes zum Teil auch aus der Einfuhr erfolgen. Jedoch haben die Importe in den letzten Monaten keine merkliche Entlastung gebracht. Die lebhafte Bautätigkeit, die durch die günstigen Witterungsbedingungen bis in den Dezember anhielt, ließ das sonst in dieser Jahreszeit gewöhnliche Nachlassen des Bedarfes nicht eintreten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß eine sparsame Verwendung von Holz angestrebt werden muß, da die aus dem Inland zur Verfügung stehenden Mengen begrenzt sind und auch die Auslandseinfuhren den Bedarf nicht voll decken können, obwohl die Importe in den letzten zwei Jahren wieder erheblich zugenommen haben.

Holzeinfuhr	Kalenderjahr 1949	1. Halbjahr 1950
Nadel- und Laubrundholz	80 899 fm	117 365 fm
Nadel-, Laubschnittholz und Schwellen	312 079 cbm	262 482 cbm
Faserholz, Brennholz, Spezialhölzer	1 181 186 dz	993 585 dz
Einfuhrwert in 1000 DM	79 019	46 515

Bundesverband der Industrie

bildet sechs neue Arbeitskreise zur Anpassung an die Wirtschaftslage

Die Notwendigkeit, die Folgen der in den USA verkündeten „Ausrufung des nationalen Notstandes" auf die deutsche Wirtschaft zu beachten und die wirtschaftspolitischen Folgerungen daraus zu ziehen, hat den Bundesverband der Deutschen Industrie veranlaßt, eine Reihe von Arbeitskreisen zu bilden, die sich mit diesen Fragen zu befassen haben. Obwohl diese Probleme in erster Linie Angelegenheiten der Bundesregierung sind, die letztlich über sie zu entscheiden hat, glaubt der BDI sich jedoch in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Bundesorgane zu befinden, wenn er feststellt, daß die Bemühungen um eine Bewältigung der Rohstoffschwierigkeiten ohne praktische Mitwirkung der Wirtschaft und ohne Einschaltung ihrer Erfahrungen nicht erfolgreich sein können.

Präsidium, Vorstand und Hauptausschuß des BDI haben sechs neue Arbeitskreise gebildet, die jeweils nur aus 6 bis 8 Mitgliedern bestehen, zur Erörterung von Spezialfragen aber auch Fachleute heranziehen können. Es gibt dabei je einen Arbeitskreis für Rohstoffragen, für Verfahrensfragen, für Auftragsangebote, für monetäre Angelegenheiten, für Sozialpolitik und für Verkehrsfragen. Diese Arbeitskreise sollen ihre Untersuchungen in einem in etwa drei Wochen vorzulegenden Gesamtbericht der deutschen Industrie zusammenfassen.

Der Rohstoff-Arbeitskreis wird einen Fachmann nach den USA und wahrscheinlich auch nach Großbritannien entsenden, um dort die Rohstoffversorgungs- und Produktions-Möglichkeiten zu studieren. Im Bundesgebiet hat sich der Arbeitskreis besonders mit der Frage auseinander zu setzen, daß selbst Rohstoffe, die international ausreichend vorhanden sind, aus Devisenmangel nicht eingeführt werden können. Der Arbeitskreis wird sich deshalb für die Beseitigung der noch vorhandenen Beschränkungen und Verbote der deutschen Industrieproduktion einsetzen. Insbesondere gilt dies für die Wiederzulassung der Buna-Herstellung sowie für den Wegfall der Produktionsbeschränkungen für Stahl, Aluminium und Chlor.

Der Verfahrens-Arbeitskreis soll Vorschläge ausarbeiten, die unter Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft die Anwendung lockerer Methoden zur Anpassung an die Maßnahmen in den anderen westlichen Ländern ermöglichen. Man verweist dabei auf die Regelung in den USA, die keineswegs zu einer allgemeinen Bewirtschaftungspolitik übergegangen sind, sondern sich bisher mit Vorschriften über Verbrauchsbeschränkungen und Einschränkung der Lagerhaltung begnügt haben; direkte Verwendungsverbote sind bisher in den USA noch nicht erlassen worden. Ein wesentliches Merkmal der Maßnahmen in den USA erblickt der BDI darin, daß sie nur nach vorheriger Absprache mit den betroffenen Wirtschaftskreisen angeordnet werden. Im übrigen bemüht man sich dort sehr um freiwillige Vereinbarungen in Vertragsform, die der besonderen Lage der Wirtschaft Rechnung tragen. Sie beruhen wesentlich auf dem Prinzip der Selbstverwaltung. Der Verfahrens-Arbeitskreis des BDI wird sich ähnlich um die Ausarbeitung von Empfehlungen bemühen. Das in diesen Tagen vom Bundestag verabschiedete Überleitungs- und Wirtschaftssicherungs-Gesetz wird als ein Rahmengesetz angesehen, das noch sinnvoll ausgefüllt werden muß. Ein Ausbau der Fachstellen zu großen bürokratischen Institutionen wird abgelehnt. Der BDI glaubt vielmehr, daß mit kleinsten Gremien auszukommen ist, wenn man sich der Mitarbeit der Wirtschaft bedient und ihr die Durchführung der Maßnahmen überläßt.

Der Angebots-Arbeitskreis wird sich zur Verbesserung der Rohstoffversorgung um Veredlungsaufträge aus dem Ausland bemühen. Man wird dem Ausland aus den in Deutschland vorhandenen Kapazitäten eine gewisse Auswahl präsentieren. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits aufgenommen worden. Die Herstellung von Rüstungsmaterial wird dabei jedoch nicht angeboten werden. Der Arbeitskreis für monetäre Fragen wird namentlich die finanziellen und fiskalischen Maßnahmen in den USA auf ihre Anwendbarkeit und ihre Abwandlung auf die deutsche Wirtschaftspolitik untersuchen, aber auch zu den Steuermaßnahmen der Bundesregierung Stellung nehmen. Der sozialpolitische Arbeitskreis soll die Wirkungen der neuen Entwicklung auf das Arbeitskraftpotential und auf das Lohngefüge untersuchen. Der Arbeitskreis für Verkehrsfragen soll sich für die Sicherung der Waggongestellung, der Verkehrsstraßen usw. einsetzen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH., Karlsruhe, Veilchenstraße 25, Telefon 6064. Herausgeber und verantwortlich: G. van Raay, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 6.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 25, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig. Berliner Verlags-Vertreter: Erich Pesey, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Straße 65, Tel. 97 66 13. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Lohn- und Preisstopp in den USA

Was werden die Rohstoff-Länder tun? — Die US-Warenbörsen verlieren ihre internationale Bedeutung

Die nordamerikanische Regierung hat am 27. Januar, abends, die Preise und Löhne mit Wirkung vom 25. Januar, 24 Uhr, eingefroren, und zwar auf der höchsten Basis, die sie in der Zeit vom 19. Dezember 1950 bis zum 25. Januar 1951 erreicht hatten. Nach Ansicht der Regierungskreise bildet etwa der 25. Januar die Grundlage des Preisstopps, da nur wenige Preise in dem genannten Zeitraum gefallen seien. Der Preisstopp soll so bald wie möglich durch besondere Höchstpreise für die einzelnen Industrien ersetzt werden. Für die meisten Nahrungsmittel hat die Preiskontrolle kaum Bedeutung, da sie unter den Paritätspreisen gehandelt werden. Für verschiedene Nahrungsmittel, wie Rindfleisch, Kalbfleisch und Schaffleisch liegen die Notierungen über den Paritätspreisen, so daß für sie die Anordnung praktische Bedeutung erlangt. Die Gewinnspanne des Nahrungsmittelhandels darf diejenige der Zeit vom 19. 12. 1950 bis zum 25. 1. 1951 nicht übersteigen, sollten sich die Warenpreise den Paritätspreisen angleichen so würde auch die Gewinnspanne entsprechend angepaßt werden.

Der Grund dieser Maßnahme ist, wie erklärt wird, für sämtliche Rohstoffe und Dienstleistungen mit Ausnahme derjenigen, die in dem Gesetz für die Verteidigungsproduktion als befreit aufgeführt sind, Höchstpreise festzusetzen. In Agrar-Erzeugnissen und Nahrungsmitteln ist die Durchführung des Preisstoppe besonders kompliziert. In Baumwolle und Wolle werden die Verkaufspreise der Erzeuger nicht eingefroren, dagegen unterliegen die Fertigwaren der neuen Anordnung. Eier z. B. werden gegenwärtig unter Paritätspreis-Niveau gehandelt und dabei von der Anordnung nicht berührt. Sämtliche Nahrungsmittelpreise bei Verkäufen ab Farm werden nicht eingefroren, sondern unterliegen erst der Anordnung, nachdem sie sich in zweiter Hand befinden. Der Kohlenbergbau ist vorerst von dem Preisstopp nicht erfaßt.

Eine Rationierung wird nicht für notwendig gehalten, es sei denn, daß sich die internationale Lage erheblich verschlechtert. Die zuständigen Stellen in Washington sind sich über die Auswirkung des Preisstoppe auf die Getreide- und Viehmärkte selbst noch im unklaren. Nach ihrer Ansicht besteht die Möglichkeit, daß einige Märkte, wie in der Kriegszeit, geschlossen werden, andererseits sieht man keinen Grund, daß sich in Erzeugnissen, die unter den Paritätspreisen gehandelt werden, an den einschlägigen Börsen und Märkten nicht weiterhin ein Geschäft entwickeln sollte.

Begriffsverwirrung

Die weltwirtschaftliche Lage bietet in unseren Tagen wahrlich kein erfreuliches Bild. Dabei ist es nicht so sehr die durch den Korea-Krieg geschaffene Krise bei der Beschaffung von Roh- und Grundstoffen zur Durchführung der verschiedenen Aufrüstungsprogramme der westlichen Welt, die Besorgnis erregt, sondern die Art und Weise, in der man glaubt, mit den Problemen des Tages fertig werden zu können, ist Anlaß zur Beunruhigung. Verstärkt wird diese Sorge dadurch, daß es die Vereinigten Staaten sind, das größte Wirtschaftspotential der westlichen Welt und als solches zur Tonangabe berufen, die sich einer wirtschaftlichen Konzeption ergeben haben, deren Folgen alles andere als erfreulich sein müssen. Man könnte sich damit trösten, daß die nordamerikanische Regierung und ihre Wirtschaftsberater in ihrem eigenen Lande schließlich tun und lassen können, was ihnen richtig erscheint. Leider aber beginnt die von den Vereinigten Staaten ausstrahlende Verwirrung der Begriffe und der Dinge auch anderwo spürbar zu werden. Daß man dabei von amerikanischer Seite versucht, den eigenen Wirrwarr als Ideal-Lösung zu postulieren, macht eine Rückkehr zu vernünftigen Prinzipien schwieriger.

Die Regierung hat nun die Einführung eines allgemeinen Preis- und Lohnstopps ausgesprochen. Dabei soll der Begriff „allgemein" soweit wie nur möglich gefaßt sein. 8 Mill. einzelne Waren, von Lebensmitteln bis zu Industrieerzeugnissen, würden diesem Preisstopp verfallen sein. Man vergegenwärtige sich doch das Mammutgebilde von Bürokratie, das geschaffen werden muß, wenn man auch nur einigermaßen die Durchführung dieser Absichten gewährleisten will. Es ist eindeutig, daß sich die nordamerikanische politische und wirtschaftliche Führungsgruppe dem Prinzip ergeben hat, nur durch physische Kontrollen, durch Erfassung und Verteilung der Güter nach einem zentralen Plan könne man Herr der Lage bleiben. Darüber scheint man vergessen zu haben, daß es auch noch andere Möglichkeiten gab, ja selbst heute noch gibt, mit deren Hilfe wahrscheinlich das angestrebte Ziel schneller und reibungsloser hätte erreicht werden können. Nur eben diese anderen Möglichkeiten hätten zur Voraussetzung gehabt, daß man sie auch bis in ihre Feinheiten hinein beherrschte. Wahrscheinlich ist der Weg der physischen Kontrollen dem „Regime der Manager" eigentümlicher als der der Steuerung der Wirtschaft und den Geld- und Kapitalmarkt, unterstützt durch eine Abschöpfung der Kaufkraft durch Steuern. Ein britischer Wirtschaftsbeobachter von internationalem Ruf hat in diesen Tagen die Formulierung gefunden, daß die USA die Aufrüstung aus der Einnahmenseite des Budget und nicht aus der Ausgabenseite finanzieren müßten. Darin liegt in der Tat das Problem.

Das Eingeständnis der Schwäche

Vom Auslande her gesehen dürften die größten Komplikationen dadurch entstehen, daß die USA in den wichtigsten Roh- und Grundstoffen mehr oder weniger stark einfuhrabhängig sind; ganz extrem sind sie in den wenigsten.

Für unsere Betrachtung ergeben sich also zwei Fragen: Welche Maßnahmen gedenkt man zu ergreifen, um sicherzustellen, daß sich die ausländischen Lieferländer dem amerikanischen Bestrebungen zu einer Niedrighaltung der Preise einfügen, was nach Lage der Dinge in den meisten Fällen ein freiwilliges Entgegenkommen voraussetzt? Und zweitens: Werden die nordamerikanischen Rohstoffmärkte zu der Kondition von Inlandsmärkten herabsinken, und, wenn ja, was wird an ihre Stelle treten?

Zu der ersten Frage liegen zur Zeit zwei Antworten vor: Die chilenische Regierung kämpft, wahrscheinlich mit Erfolg, um eine größere Freiheit bei der Lenkung ihrer Kupferausfuhr. Sie denkt dabei wahrscheinlich an eine engere Bindung mit Europa, was sich ja auch schon aus den Gründen der Einfuhrsicherung erklärt, denn die USA müssen notwendigerweise von Tag zu Tag weniger lieferfähig werden. Weiter sind die lateinamerikanischen Kaffeeproduktionsländer bei der US-Regierung vorstellig geworden. Sie haben die Festsetzung eines „elastischen" Höchstpreises für Kaffee vorgeschlagen, damit dieser „den steigenden Produktionskosten angepaßt werden könne". Derartige Vorschläge werden in den nächsten Tagen und Wochen in großer Zahl eingehen. Abgesehen davon besteht natürlich die Gefahr — von den USA aus gesehen —, daß der Warenstrom andere Wege zu suchen beginnt. Man wird nicht vergessen dürfen, daß für den Produzenten allein der Preis darüber entscheidet, an wen er liefert.

Die nordamerikanischen Rohstoffmärkte verdanken ihre Entwicklung zu der heutigen Bedeutung dem Umstande, daß sie in dem größten zusammenhängenden Verbrauchergebiet der Welt liegen. Schließt sich dieses Verbrauchergebiet von der übrigen Welt durch eine solche Maßnahme wie eine Preiskontrolle ab, dann wird es nicht lange dauern, daß sich andere Schwerpunkte bilden. Zinn, Kautschuk und letzthin auch Kakao können bereits als Andeutungen für einen Trend dieser Art interpretiert werden.

Aufrüstungs-Boom mit astronomischen Ziffern

Die nordamerikanische Wirtschaft steht weiterhin im Zeichen der Hochkonjunktur. Die industrielle Produktion weist eine stetig steigende Kurve und liegt bereits erheblich über der zur gleichen Zeit des Vorjahres. Es bedarf kaum einer besonderen Erwähnung, daß diese Entwicklung in enger Verbindung mit dem Aufrüstungsprogramm steht. Durch die gewaltige Geldfülle sind gleichzeitig auch die Groß- und Einzelhandelsumsätze gestiegen, jedoch bereitet es in zunehmendem Umfange Schwierigkeiten, die gewünschten Waren zu erhalten.

Die nordamerikanische Regierung hat sich nunmehr für ein Verteidigungsprogramm entschieden, das bis zum 30. Juni 1953 Ausgaben in Höhe von 87 Mrd. Dollar vorsieht. Mit den höheren Ausgaben für die Aufrüstung und mit der beschleunigten Durchführung des Programms steigt naturgemäß auch der Anteil des Rüstungsbedarfs an der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten. Während gegenwärtig etwa 7% der nationalen Erzeugung für die Rüstung beansprucht werden, dürften es nach amtlichen Voraussagen Ende dieses Jahres bereits 20% sein. Zur Erleichterung der Finanzierung der militärischen Ausgaben glaubt man in Kongreßkreisen beliebtes, die Aufwendungen für den zivilen Sektor um 6—7 Mrd. Dollar drosseln zu können, aber selbst eine derartige Einsparung würde eine Steuererhöhung im Rahmen des Haushaltsplans 1951/52 um rund 15 Mrd. Dollar notwendig machen. Der Kongreß wird sich in Kürze zu entscheiden haben, ob man zu drastischen Einsparungen und damit auch gewissermaßen zu einer Vereinfachung der Lebenshaltung übergeht, oder ob man weiterhin bewußt den leichteren Weg einer defizitären Finanzpolitik verfolgt. Allerdings wurde in diesem Zusammenhang aus Kreisen des Finanzausschusses des Senats darauf hingewiesen, daß zu einem späteren Zeitpunkt die Bereitwilligkeit zu Einsparungen und Opfern noch erheblich geringer sein dürfte als gegenwärtig.

Kein großes Opfer

Die geplanten Rüstungsausgaben werden nach Ansicht nordamerikanischer Volkswirtschaftler eine Senkung des Lebensstandards des nordamerikanischen Volkes unvermeidlich machen.

Die Opfer können noch keineswegs als besonders groß bezeichnet werden, denn sie werden sich lediglich in einem Verbrauchsrückgang um etwa 5 bis 6% auswirken. Problematisch erscheint jedoch, ob die Vereinigten Staaten unter den gegebenen Verhältnissen weiterhin an ihrem „Freiheits-Ideal" festhalten können. Die Welt sieht, wie in dem Monatsbericht der Cleveland Trust Company ausgeführt wird, vor der Entscheidung, ob der Staat das Volk beeinflußt oder das Volk den Staat. Auch in den Vereinigten Staaten besteht seit längerem die Tendenz, von dem Freiheitsideal abzuweichen. Seit Jahren hat der Einfluß der Regierung auf das Leben und die wirtschaftliche Entwicklung des nordamerikanischen Staatsbürgers ständig zugenommen. In den nächsten Jahren erhebt sich somit die Frage, ob das Prinzip der Freiheit, das die Grundlage der Nordamerikanischen Union bildete, aufrecht erhalten werden kann.

Verbrauch steigt weiter

Der amerikanische Verbraucher-Index erreichte nach den neuesten amtlichen Ermittlungen am 15. Dezember mit 170,6% gegenüber dem Durchschnitt der Vergleichsjahre 1935/39 einen absoluten Höchststand und lag damit um 1,6% über dem Stand des Vormonats.

Im Jahre 1950 erhöhte sich der Index um insgesamt 6,5% während die Steigerung bis zum Ausbruch des Korea-Konfliktes nur 1,8% betragen hat.

Zur Erhöhung der Index-Ziffer für eine in der Stadt lebende Familie mit mittleren Einkommen trugen von Mitte November bis Mitte Dezember die Preissteigerungen aller Verbrauchsgüter bei. An erster Stelle standen jedoch Lebensmittel mit 2,8%.

Ausländische Abwertung von Fachkräften

Seit einiger Zeit werden wieder Fälle bekannt, in denen deutsche Fachkräfte vom Ausland zur Begründung von Konkurrenzindustrien abgeworben werden. Namentlich die Textilindustrie klagt darüber. Vielfach geschieht dies in der Form, daß auf 1—2 Jahre befristete „Montage-Verträge" geschlossen werden, um die Aufnahme einer eigenen Fertigung, z. B. von Spitzen in Schweden, zu ermöglichen.

Nichtabstimmung kein Kündigungsgrund

Die Klage des Schlossers A. Konieczny von der Westfalenhütte in Dortmund, der nach der Urabstimmung im Dezember 1950 von der Werksleitung entlassen worden war, wurde vom Arbeitsgericht Dortmund abgewiesen. Das Gericht entschied, eine Kündigung wegen Nichtbeteiligung an der Urabstimmung sei rechtsunwirksam. Der vom Kläger bezeichnete Kündigungsgrund sei jedoch nicht durch Zeugnisaussagen bewiesen worden. Die Westfalenhütte hat sich darauf berufen, daß der Kläger in seinem Fach nicht genüge und durch sein Verhalten zu Beibereien Anlaß gegeben habe. Die abfälligen Äußerungen über die Gewerkschaften hätten nicht „in erster Linie" die Kündigung veranlaßt, wenn sein Verhalten bei der Urabstimmung auch eine gewisse Rolle gespielt habe.

Zuckerrübenanbau ohne Anreiz

Der Hektarertrag im Zuckerrübenanbau betrug im vergangenen Jahr durchschnittlich 375 dz. Dieses Ergebnis ist außergewöhnlich hoch. Im Durchschnitt kann nur mit einem Ertrag von 330 dz je ha gerechnet werden. Eine sorgfältige Kalkulation in einer größeren Zahl gut geführter Betriebe hat ergeben, daß bei einem Ertrag von 120 dz je ha erst ein Preis von 5,37 DM je dz die Kosten des Anbaues deckt. Der gesetzlich festgelegte Rübenpreis beträgt jedoch gegenwärtig nur 5 DM je dz. Außerdem wird er nur gezahlt, wenn der Zuckergehalt der Rüben an der Schneidmaschine mindestens 16 v. H. beträgt. Daher ist der rentable Zuckerrübenanbau für die Landwirtschaft ziemlich reizlos geworden. Die Rheinischen Rübenbauer-Verbände fordern, die Zuckersteuer zu senken und den bei gleichbleibenden Verkaufspreisen eingesparten Betrag für die Erhöhung der Zuckerrübenpreise bereit zu stellen, um ausreichende Erträge zu sichern und damit die Voraussetzung für die gewünschte Ausweitung der Rübenanbaufläche zu schaffen.

Harte Folgen politischer Preise

Gründe des Kohlen- und Eisenmangels

Die Knappheit von Kohle und Eisen bewegt nicht nur die „wirtschaftlichen Kreise", sondern hat auf die Stimmung und das Verhalten der gesamtdeutschen Bevölkerung einen folgenschweren Einfluß. Namentlich der Mangel an Kohle, die ja nicht nur als unentbehrlicher Hilfstoff der Produktion in vielen Fabriken fehlt, sondern auch als dringlich begehrte Verbrauchsware in den privaten Haushaltungen, hat zu dem allgemein zu beobachtenden Käufersturm auf die Einzelhandelsläden beigetragen; er hat nicht zuletzt bewußt werden lassen, daß es auch wieder einmal Warenmangel geben kann. Die meist gehörte und auch offiziell gegebene Erklärung für die unzulängliche Versorgung mit den beiden wichtigsten Grundstoffen weist auf die Ausfuhr hin, die zu hoch sei. Die Erklärung ist insofern zutreffend, wie nunmehr in einer Lage, in der wegen der Hausbrandknappheit sogar die Volksgesundheit bedroht ist, und weiter wegen Kohle- und Eisenmangels die Produktionstätigkeit eingeschränkt und der Arbeitsplatz vieler Arbeitnehmer gefährdet wird, zunächst der Inlandsbedarf bevorzugt gedeckt werden sollte. Da aber die Ausfuhr von Kohle und Eisen heute nicht größer ist als früher, bleibt doch die Frage offen, warum es nicht gelangt, sowohl die Ansprüche des Inlandes als auch die des Auslandes zu erfüllen. Statistisch gesehen ist es die Frage, warum die industrielle Produktion im November 1950 insgesamt den Stand von 1936 um 29 v. H. übertreffen konnte, die Steinkohlenförderung aber nur um 1 v. H. darüber lag und die Eisenerzeugung noch um 8 v. H. nachhinkte.

Einen überzeugenden Nachweis der Gründe für die Sonderentwicklung der beiden wichtigsten Grundstoffindustrien gibt die mit diesen Fragen ständig befaßte IHK Dortmund in ihren „Mitteilungen" von Mitte Januar dieses Jahres. Sie nennt die Kontrollrechte und Eingriffsmöglichkeiten der Besatzungsmächte in Erzeugung, Verteilung und Preise, sowie die Ungewißheit über die Neuordnung der Montanindustrie, weil dadurch die Dispositionen für die Zukunft gehemmt werden. Darüber hinaus können die Schwerindustrien auf eine schnelle Nachfragesteigerung nicht so elastisch reagieren wie leichte Industrien, da die Ausdehnung der Produktionskapazität umfangreiche Investitionen voraussetzt. Heute gilt dies mehr noch als früher wegen des vieljährigen Raubbaues und großen Nachholbedarfes an Investitionen, wie die Dortmunder Kammer betont. Der Bergbau muß mit vielen berufsfremden Kräften und einem beschleunigten Arbeitsplatzwechsel fertig werden, die Eisen-Industrie mit besonders harten Bomben- und Demontageschäden, beide Industrien müssen für Arbeitnehmerwohnungen überdurchschnittlich hohe Aufwendungen machen.

Mehr als alle angeführten Gründe ist aber das künstliche Festhalten der Preise für Kohle und Eisen für das Zurückbleiben ihrer Produktion ausschlaggebend. Die Dortmunder Kammer bemerkt dazu: „Man hat sich bewußt der Tatsache verschlossen, daß die Erzeugung der beiden wichtigsten Grundstoffe — und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern — nach dem Kriege aus vielerlei Gründen besonders kostspielig geworden ist, und daß ihre Preise, wenn es noch marktwirtschaftlichen Grundsätzen gegangen wäre, im Zuge der allgemeinen Preissteigerung eigentlich die Spitzengruppe hätte bilden müssen." Bergbau und eisenschaffende Industrie wurden durch die Politik der staatlich gebundenen Preise an die Rentabilitätsgrenze und darunter gedrückt und hatten keine Mittel für jene Investitionen, die erforderlich gewesen wären, um die heute benötigten Kohlen- und Eisenmengen bereitzustellen. „So hat eine Preispolitik, von der man fälschlicherweise erwartet hat, sie würde unsere Wirtschaft auf einem besonders wichtigen Gebiet vor den angeblichen Härten einer privatwirtschaftlichen Preisbildung bewahren, genau das Gegenteil erreicht. Sie hat, gerade weil sie gegen die Marktgesetze gerichtet war, nur Mangel und Unsicherheit hervorgerufen und das Gespenst einer neuen Zwangswirtschaft mit allen produktionslähmenden Folgen in die Nähe gerückt."

Die Steigerung der Kohlen- und Eisenproduktion in der erforderlichen Höhe erfordert, daß die Grundstoffindustrien in der Preisbildung den übrigen Industrien gleichgestellt und auf diese Weise wieder allgemein rentabel werden. Allerdings ist es die Frage, ob gerade in dem gegenwärtigen, politisch, wirtschaftlich und sozial recht bewegten Zeitabschnitt die Anpassung vorgenommen werden soll. Seit Mitte 1948 gab es aber schon mehrfach Gelegenheit dafür, die nächste in der Zukunft sollte nicht wieder verpaßt werden, um mit der Grundstoffproduktion den Anschluß der Gesamtproduktion zu sichern.

Berliner Brief: Stadt der Ausstellungen

Wir wiesen anläßlich der Industrieausstellung im vergangenen Jahr darauf hin, daß Berlin als Ausstellungsstadt wieder im Kommen sei. Gerade diese Ausstellungen sind geeignet, die Fäden, die früher von der Berliner Wirtschaft nicht nur nach Westdeutschland, sondern auch nach dem Ausland in jahrelanger Bemühung geknüpft waren, und die als Folge des Krieges und der besonderen Stellung, die Berlin nach der Beendigung der Kampfhandlungen einnehmen mußte, abgerissen waren, neu anzuspinnen. Hier treffen sich alle interessierten Kreise zwanglos, und manche alte Beziehung kann erneuert werden. Diese Ausstellungen sind nicht Selbstzweck, sie sind vielmehr Mittel zum Zweck, Mittel, die Berliner Wirtschaft wieder in Kontakt mit der Welt zu bringen.

Direktor Wiemer hat jetzt das Ausstellungsprogramm für 1951 bekanntgegeben, das recht umfangreich ist. Die Ausstellungssaison wird mit der traditionellen „Grünen Woche" beginnen, die vom 3. bis 11. Februar stattfindet. Sie wird unter der Schirmherrschaft des Bundesernährungsministers Niklas stehen, und es ist beabsichtigt, diesmal an die Vorkriegstradition anzuknüpfen. Rund 30 000 qm Ausstellungsfläche stehen für diesen Zweck zur Verfügung. In der Halle 2 wird der Gartenbau untergebracht sein. Die Halle 3a ist für die Weinwerbung reserviert. In der Halle 3 wird sich die Wissenschaft im Dienste der Ernährung niederlassen. Die Halle 4 Nord nimmt die Agrarpolitik, die Halle 4 Süd die Hauswirtschaftliche Industrie, die Halle 5a die Gärungslose Früchteverwertung, die Halle 5 den Landfrauenverein Westberlin, die Halle 6 die Landwirtschaftliche Industrie, die Halle 7 das Forstwesen, die Jagdfischerei und den Vogelschutz, die Halle 8 (Vorhalle) die Milchwerbung, weiter eine Tierschau, Musterställungen, eine Pferdezahnklinik und Heuwerbung; in der Zwischenhalle 8/9 die Pelztiere, in der Halle 9 eine Kleintierschau (Kaninchen und Tauben) auf.

Die Deutsche Sportausstellung wird mit Zustimmung des Präsidiums des Deutschen Sportverbandes vom 6. bis 15. April abgehalten werden.

Vom 4. bis 14. Mai werden die deutschen Konditoren und Gastwirte am Funkturm zeigen, welchen Stand die Gastronomie nach dem Krieg erreicht hat. Zu gleicher Zeit findet eine Kochkunstausstellung statt, die von der Nahrungsmittelindustrie mit ihren vielgültigen Zweigen beschickt werden wird.

Darauf findet anläßlich des 100jährigen Jubiläums der Berliner Feuerwehr vom 23. bis 30. Juni eine Fachausstellung der Feuerwehr und Zubehörindustrie statt, die nicht nur den Fachmann, sondern wahrscheinlich auch den Historiker interessieren wird.

Den Gipfelpunkt der Berliner Ausstellungen wird jedoch unzweifelhaft die Internationale Automobilschau bilden, die vom 6. bis 16. September veranstaltet wird, und die Industrieausstellung, die ihre Pforten am 6. Oktober öffnen wird. Für diese größte Schau ist eine Ausstellungsdauer bis zum 31. Oktober vorgesehen. Zwar findet in Frankfurt in diesem Jahr ebenfalls eine Autoschau statt, doch ist auf Antrag des Verbandes der Deutschen Automobilindustrie Berlin als Ausstellungsort für eine im Herbst stattfindende Internationale Automobilausstellung auf einer Londoner Tagung gewählt worden. Es wird sich nun zeigen, ob Frankfurt oder Berlin mehr geeignet ist, diese große internationale Schau aufzunehmen.

Das Gesicht der Industrieausstellung wird diesmal etwas anders aussehen. So sollen die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die einschlagende Industrie nicht vertreten sein, während der Bergbau und die Nahrungsmittelindustrie beteiligt werden. Der Maschinenindustrie soll ein größerer Raum eingeräumt werden, wie auch die Funk- und Radioindustrie, die angesichts einer sehr günstigen Konjunktur in diesem Jahr auf eine eigene Ausstellung verzichten wird, in einem größeren Rahmen als im vergangenen Jahr vertreten sein wird. Auch wird das Ausland in diesem Jahr keine besonderen Pavillons errichten, sondern im Rahmen der einzelnen Wirtschaftsgruppen neben den deutschen Ausstellern seine Waren zeigen.

Alles im allen verspricht das Berliner Ausstellungsjahr 1951 eine Reihe hochinteressanter Schauen, die dazu mithelfen werden, der Berliner Wirtschaft neue Impulse zu geben.

Erhöhtes Steueraufkommen

Eine erfreuliche Bilanz und ein Spiegelbild der langsamen Erholung der Berliner Wirtschaft ist das erhöhte Steueraufkommen im Jahre 1950. Der wirtschaftliche Tiefpunkt vom Winter des vorigen Jahres konnte überwunden werden. Die Steuereinnahmen, die im vierten Quartal 1949 nur 156 Mill. DM betrugen, stiegen im ersten Quartal 1950 auf 164 Mill. DM, im zweiten Quartal auf 169 Mill. DM, im dritten Quartal auf 179 Mill. DM und im vierten Quartal auf 194 Mill. DM. Im ganzen Jahr belaufen sich die Steuereingänge auf 707 Mill. DM gegen nur 632 Mill. DM im Jahre 1949. Hierbei muß man noch berücksichtigen, daß 1949 im Steueraufkommen 130 Mill. Ostmark enthalten waren. Der Ertrag von rund 1 Mrd., wie er im Jahre 1947, allerdings bei einer inflationistischen Geldfülle erreicht wurde, ist bisher noch ungeschlagen, doch ist die Erhöhung des Steueraufkommens im vergangenen Jahr als ein recht gutes Zeichen für die Wiedergesundung der Berliner Wirtschaft zu buchen. Das gilt um so mehr, als die höheren Steuereinnahmen in die zweite Jahreshälfte fielen. Relativ wenig im Rahmen des Ganzen brachte die Kaffeesteuer ein sowie das Branntweinmonopol. An Kaffee- und Teesteuer wurden 13 Mill. DM entrichtet, über das Branntweinmonopol gingen 16 Mill. DM ein. Das waren zwar höhere Beträge als im Vorjahr mit 8 Mill. DM bzw. 4 Mill. DM, doch ist anzunehmen, daß besonders die Steuer auf Kaffee und Tee in ihrer gegenwärtigen Höhe dem Schwarzhandel beträchtliche Impulse gegeben hat. Wahrscheinlich wäre eine geringere Steuer geeignet gewesen, dem Schwarzhandel den Wind aus den Segeln zu nehmen, und die Einnahmen aus dieser Quelle trotz geringerer Besteuerung zu erhöhen. Und selbst wenn die Einnahmen nicht höher gewesen wären, so bliebe doch das Aktivum der Ausschaltung des Schwarzhandels, das man nicht zu gering veranschlagen sollte. Wesentlich höher waren die Einnahmen aus der Tabaksteuer, die von 79 Mill. DM in 1949 auf 101 Mill. DM im vergangenen Jahr stiegen. Es wird also mehr in blauen Rauch umgesetzt als in Kaffeegrund oder Teeaufguß, wenigstens soweit diese versteuert werden müssen.

Erfreulich wird von Berliner Wirtschaftskreisen die Versicherung Vizekanzler Blüchers vermerkt, der in einer Besprechung mit dem Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel zusagte, sich mit ganzer Kraft für eine ausreichende Belieferung Berlins mit Rohstoffen einzusetzen.

Metalldiebstähle am laufenden Band

Hauptthema in Berlin sind gegenwärtig die Metalldiebstähle am laufenden Band, die vor kurzem in dem Diebstahl der Plastik von Prof. Kolbe „Große Sitzende" gipfelten, der ein gerichtliches Nachspiel hatte, bei dem der Altmetallhändler Kuc zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Diese Diebstähle werfen naturgemäß ein schlechtes Licht auf die Branche der Altstoffhändler, die kürzlich versuchten, auf einer Pressekonferenz sich von den Vorwürfen reinzuwaschen, die man dem Gewerbe macht. Dieser Versuch muß als nur zum Teil geglückt bezeichnet werden, denn es ist eine Tatsache, daß es die Händler angesichts der lockenden Gewinne mit den gesetzlichen Vorschriften, die z. B. den Ankauf von Ware aus Händen von Jugendlichen verbieten, die eine Aufzeichnungspflicht vorschreiben, usw. nicht allzu genau nehmen. Allerdings muß gesagt werden, daß auch die Behörden, die Polizei und die Magistratsstellen, die für die Erteilung von Gewerbegenehmigungen verantwortlich sind, einen Teil der Schuld tragen. Wohl kein Gewerbe ist gegenwärtig so überzetzt wie der Altmetallhandel, in den sich in den letzten Monaten eine ganze Reihe von Konjunkturrittern einschleichen konnten. Die Skrupellosigkeit dieser Kreise schadet natürlich dem Altstoffgewerbe ungemein. Daneben trägt natürlich die außerordentlich hohe Spanne zwischen den Preisen in Ostmark und Westmark dazu bei, zu Metalldiebstählen, besonders im Ostsektor der Stadt, anzureizen. Nur wirtschaftliche gesunde Verhältnisse, auf die der Altmetallhandel jedoch keinen Einfluß hat, weil hier die hohe Politik das entscheidende Wort spricht, können hier einen Wandel schaffen. Hohe Strafen, ja selbst nicht einmal die Todesstrafe, sind geeignet, die Metalldiebstähle einzudämmen, solange Metalle ein so gefragter Rohstoff sind wie gegenwärtig, und solange anscheinend mühelos, wobei das Risiko des Erwischtwerdens mit in Kauf genommen wird, so hohe Gewinne winken, und vor allem, solange die Notlage der unter der östlichen Herrschaft lebenden Bevölkerung anhält.

Nun ist es übrigens soweit. Vom alten Schloß sind nicht mehr viel als traurige Trümmer vorhanden. Das Zentralkomitee der SED hat jetzt beschlossen, den ehemaligen Lustgarten in „Marx-Engels-Platz" umzubenennen. Außerdem soll auf der erweiterten westlichen Seite des Lustgartens ein Marx-Engels-Denkmal errichtet werden. Man will eben partout seinen Roten Platz nach Moskauer Muster haben. Ob die Berliner jedoch vergessen werden, daß der jetzige Ostbahnhof einmal Schlesischer Bahnhof hieß, der Nordbahnhof Stettiner Bahnhof, der Bahnhof Stalinallee Frankfurter Allee, der Bahnhof Leninallee Landsberger Allee usw.? Wir glauben es nicht. Symptomatisch dafür ist vielleicht ein Vorschlag des Berliner Mutterwitzes, die Spree in „Wolga früher Spree" umzutaufen.

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Zwangsläufig werden wir in die geplante Wirtschaft zurückfallen, wenn die Wiederaufrüstung von uns verlangt wird, zwangsläufig wird das Beispiel der USA, die im Wirtschaftsleben neue Kontrollen einführen, auch uns zwingen, zu ähnlich Reglementierungsmaßnahmen zurückzukehren. Dies ist, wie die Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Handelskammern in ihrem Mitteilungsblatt vom 20. 1. 1951 schreibt, die Meinung, die man gewöhnlich zu hören bekommt, wenn über die **Folgen der amerikanischen Aufrüstung für die westdeutsche Wirtschaftordnung** gesprochen wird. Demgegenüber weist die Kammer auf folgendes hin: tatsächlich ist die Verkündung des Staatsnotstandes in den USA und die Ankündigung von Wirtschaftskontrollen zunächst einmal mehr sozusagen ein psychologischer Startschuß für die Rüstungswirtschaft. Direkte Maßnahmen wie etwa Preisstopgriffe oder ähnliches sind bisher nur in ganz wenigen Fällen erfolgt. Nichts wäre verfehlter, als wenn sich die deutsche Wirtschaft durch übertreibende Nachrichten aus den USA und durch den üblichen sensationellen Aufputz von legislativen Schritten, die vorläufig fast ausschließlich Stoß- Ermächtigungen für die Verwaltung darstellen, in eine Stimmung hineintreiben ließe, die voller Resignation die marktwirtschaftliche Überzeugung über Bord gehen ließe. Das Gerede über diese vermeintlichen Zwangsläufigkeiten, so heißt es in dem Mitteilungsblatt der Kammer weiter, geht vielfach nur auf die Propaganda findiger Köpfe zurück, die als Interessenten der Hausse die Presse hochschreiben wollen — eine Methode, die freilich nur zur Diskreditierung der Marktwirtschaft führen kann. Schließlich weist die Kammer darauf hin, daß eine Zwangswirtschaft in Westdeutschland nach den Erfahrungen der Jahre 1943 bis 1948 in ihrer Wirksamkeit höchst zweifelhaft sein und sofort schwarze Märkte wiedererstehen lassen würde. Es erscheine ratsamer, zunächst abzuwarten, ob die Weltlage wirklich neue Kontrollen in den USA erzwingt und ob, wenn es drüben wirklich so weit kommen sollte, auch für uns kein anderer Ausweg mehr bleibt.

Die Tabakeinschreibungen vom 25. und 26. 1. in Heidelberg hatten ein sehr befriedigendes Ergebnis. Zigarren- und Hauptgutbesteller und auch der Rohtabakhandel, sie alle zeigten bei unerwartet starker Beteiligung ein reges Interesse. Die besonders starke Nachfrage nach besten Haupt- und Oberguttabaken kam darin zum Ausdruck, daß in vielen Fällen bis 40 Angebote abgegeben wurden. Insgesamt waren aufgeboten: ca. 64 000 Ztr. Haupt- und Oberguttabake, 30 000 Ztr. Nachtabake aus Nordbaden, aus württembergischen Anbaugebieten über 5 000 Ztr. Haupt- und Oberguttabake und von der gleichen Klasse noch 2 500 Ztr. aus den fränkischen Gebieten. Der Spitzenpreis der gesamten Einschreibung fiel auf Adersbach mit 196.80 DM. Selbst die hagelgeschädigten Sorten konnten günstige Preise erzielen.

Im November 1950 lehnte das Amtsgericht Rastatt den von den **Vertias-Automobilwerken Rastatt**, gestellten Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels Masse ab.

Die Firma **Göttermann & Co in Gutach**, bekannt als führender Näherzeugerproduzent, hat die **Klage gegen die Bayerwerke, Leverkusen**, eingereicht wegen unzulässiger Verwendung der Bezeichnung „Seide". Die Beklagte propagiert einige ihrer kunstseidenen Erzeugnisse als „Kupferseide". Der Kläger beruft sich in seinem Schriftsatz auf ein Reichsgerichtsurteil, das vor 30 Jahren in einem Prozeß gegen die Bayerwerke den Begriff „Seide" allein für die Gespinste der Seidenraupe als zutreffend bezeichnete. Die Argumente, mit denen die Bayerwerke dieses Urteil als überlebt bezeichnen, sind folgende: 1. verarbeiten heute die meisten Seidenwebereien überwiegend Kunstseide, ohne jedoch ihre Firmenbezeichnung entsprechend geändert zu haben; 2. führen und verkaufen alle Seidenspezialgeschäfte gleichfalls überwiegend Kunstseidenerzeugnisse und bezeichnen sich immer noch als „Seidenhaus"; 3. habe die Marktforschung ergeben, daß 90 Prozent der Käufer, die in den Geschäften Seidenartikel verlangen, Erzeugnisse aus Kunstseide meinen und wünschen. Die Beklagte vertritt die Ansicht, daß im Zuge der Entwicklung „Seide" zu einem Oberbegriff geworden sei, da die Käuferschaft, die reine Seide wünscht, stets selber schon „Naturseide" verlange.

Württemberg

Auf einer Pressekonferenz gab das Württ.-Badische Wirtschaftsministerium einen Überblick über die sehr schwierige Lage, in die die Wirtschaft des Landes durch die **Auswirkungen der Kohlenkrise und durch die Verknappung der Rohstoffe** geraten ist. Von den am 19. Jan. in Kraft getretenen Stromeinsparungsmaßnahmen seien über 3000 Betriebe betroffen. Da die Industrie des Landes ihrer Struktur entsprechend in großem Umfang auf die Verarbeitung von NE-Metallen angewiesen sei, wirke sich der Mangel an Buntmetallen in Württ.-Baden besonders einschneidend aus. Bei den „kohleintensiven" Industrien sei seit Dezember die Produktion in so starkem Maße abgefallen, daß bei der Gruppe Steine und Erden der Produktionsindex auf 34,4% und bei der chemischen Industrie auf 21,4% gesunken sei. Wenn Württ.-Baden als revierfernes Gebiet nicht in Kürze ausreichende Mengen an Kohle erhalte, würde sich über die jetzt schon am schwersten betroffenen Gruppen hinaus die gesamte Industrie des Landes die kritischste Situation ergeben. In einer Stellungnahme zur Kohlenversorgungslage weist der Wirtschaftsverband Steine und Erden darauf hin, **daß seinen Betrieben selbst** die in jüngster Zeit zugestandenen Kohlenmengen nur zum Teil tatsächlich geliefert worden seien. Unter diesen Umständen müßten viele seiner Betriebe in den nächsten Wochen die Produktion völlig einstellen.

Zunehmender Auftragseingang, gute Entwicklung des Exportgeschäftes und eine befriedigende Lehrstellenbesetzung im Handwerk kann der Württ.-Badische Handwerkstag melden. Im Hauptgewerbe und -Nebengewerbe wirken sich verstärkte Aufträge der Besatzungsmacht günstig aus, das metallverarbeitende Handwerk profitiere von der Auftragsverlagerung der Westmächte in das Bundesgebiet und in anderen Handwerkszweigen führten Angstkäufe der Bevölkerung wegen der politischen Lage oder wegen erwarteter Preissteigerungen zu vermehrten Umsätzen. Trotz dieser günstigen Lage sei der Konkurrenzkampf innerhalb des Handwerks sehr stark. Der größte Teil der Schulentlassenen vom Herbst 1950 konnte, soweit sie eine Lehrstelle suchten, untergebracht werden. Bei den Mädchen reichten die Damenschneider-Lehrstellen allerdings nicht aus. Bei den Dachdeckern und Wäschezuschneidern verblieben dagegen freie Lehrstellen. Die schlechte Wirtschaftslage dieser beiden Berufszweige hielten die Jugendlichen bzw. ihre Eltern von diesen Gruppen ab. Das Exportgeschäft der Handwerksbetriebe zeige eine sehr günstige Entwicklung. Die laufend eingehenden Anfragen von Handwerkern und die durch den Württ.-Bad. Handwerkstag durchgeführten Erhebungen lassen erkennen, daß das Interesse am Export im Handwerk immer größere Kreise zieht. Den größten Anteil am Export haben die Handwerksbetriebe des Maschinen- und Apparatebaues, es folgen dann die Glasinstrumentenmacher, Brillenmacher, Kunst- und Zinngießer, Gold- und Silberschmiede, Messerschmiede, Töpfer, Drechsler, Elfenbeinschnitzer und Musikinstrumentenmacher. Die Ausfuhr der Maschinen- und Apparatebaubetriebe geht zur Zeit in 25 europäische und überseeische Länder. Die Schweiz steht mit 16,3% an der Spitze. Es folgen dann Holland mit 14,4%, Frankreich und Belgien mit 6,1%. Die Ausfuhr nach den USA beträgt 3,8%. Wertmäßig bewegen sich die Exporte pro Betrieb und Jahr im Durchschnitt etwa zwischen DM 15 000 und DM 400 000. Die großen Möglichkeiten, die im Handwerk noch vorhanden sind, zeigen die Vordringlichkeit einer großzügigeren Gewährung von Export-Krediten für die exportfähigen Handwerksbetriebe des Landes zum Ausgleich unserer Handelsbilanz.

Das große französische Reisebüro „Havas-Exprinter", das in Frankreich 65 Filialen hat, will im Sommer 1951 **allwöchentlich Autobusfahrten von Straßburg nach Stuttgart durchführen.** Diese Zusage machten vor kurzem Vertreter des Reisebüros in Stuttgart. Jede Fahrt soll eine Woche dauern und von Straßburg über den Schwarzwald, das Bodenseegebiet und die schwäbische Alb nach Stuttgart führen.

Beim Landesverband des Einzelhandels, Stuttgart, seien Bestrebungen im Gange, die **Umsatzsteuer für sozialkalkulierte Waren** auf 1½% herunterzusetzen, falls eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 4% in Kraft treten sollte, wurde auf einer Mitgliederversammlung des Lebensmitteleinzelhandels-Verbandes, Mannheim, erklärt. Die sozialkalkulierten Waren, wie Mehl, Fette, Zucker und Kartoffeln, würden fast 40% des Umsatzes des Lebensmittel-Einzelhandels betragen.

Die **NSU-Werke Neckarsulm** bringen demnächst eine neue 250 ccm-Maschine mit 18 PS-Sportmotor, Teleskopgabel und Hinterradfederung unter dem Namen KONSUL heraus.

Bei der Firma **Ernst Lehrum**, Werkstätten für Textiltechnik und Metallverarbeitung, Neckargemünd, wird nur Zeit eine amerikanische Anlage aufgestellt, die zur Vervierfachung der Produktion und zu wesentlicher Kostensenkung führen soll. Der Betrieb, der erst 1948 die Herstellung von Reißverschlüssen aufnahm, will nach der Fertigstellung der modernen Anlage seine Belegschaft von jetzt 250 Personen auf 400 vergrößern.

Aus dem Geschäftsbericht der **Osterlag-Werke, Vereinigte Geldschrankfabriken AG in Aalen**, ist ersichtlich, daß die Nachfrage nach Stahlmöbeln in einem so beachtlichen Umfang gestiegen ist, daß heute 60% der Gesamtproduktion auf Stahlmöbel und 40% auf die Geldschrankfertigung entfallen.

Rheinland-Pfalz

Ein starkes Anziehen der Erzeugerpreise für Wein ist in der letzten Zeit festzustellen. Die gute Qualität des Fünfziger-Jahrganges, die alle Erwartungen übertrifft, und der restlose Ausverkauf der letzten Jahrgänge dürften den Preisauftrieb veranlaßt haben.

Die **Pirmasenser Schuhindustrie** könne für sich in Anspruch nehmen, durch äußerste Preisdisziplin zur Erhaltung der Kaufkraft der westdeutschen Bevölkerung beigetragen zu haben, heißt es in dem neuesten Mitteilungsblatt der Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen. Wenn die Schuhindustrie mit der Preisbasis im Juni 1950 mit Wiederbeschaffungspreisen kalkuliert hätte, wäre in kurzer Zeit eine Schuhpreiserhöhung um etwa 25% gegenüber Juni 1950 eingetreten. Zur Entwicklung der Schuhindustrie in Pirmasens teilt die Industrie- und Handelskammer Ludwigshafen mit, daß im Oktober 1950 mit einer Produktion von 1,7 Mill. Paar Schuhen ein neuer Nachkriegshöchststand erzielt wurde. Das Auslandsgeschäft war bisher nur im beschränkten Umfange möglich, obwohl es mit fast allen europäischen Staaten zu Geschäftsabschlüssen kam. Die Kohlenversorgung der Schuhindustrie ist gegenwärtig zu einem ernsten Problem geworden. Einige Firmen haben bereits Anträge auf Betriebsstillegung gestellt.

Bayern

Da alle Bemühungen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums um eine Besserung der Kohlenversorgung erfolglos blieben, **haben 32 bayrische Ziegeleien den Betrieb einstellen müssen.** Das bedeutet nach Berechnungen des bayerischen Tonindustriebau-Vereins einen Ausfall von 186 Mill. Mauersteinen und 73 Mill. Dachziegeln im ersten Quartal 1951.

Die in der letzten Zeit über Bayern heruntergegangenen starken Niederschläge haben eine **leichte Entspannung der Stromkrise** bewirkt. Trotzdem müssen die Verbote der Schaufenster- und Werbebeleuchtungen in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Auch die Drosselung des Stromverbrauches für die gewerblichen Großabnehmer bleibt weiterhin in Kraft. Die von der Krise am schwersten betroffenen Werke der chemischen Industrie konnten etwas mehr Strom entnehmen.

Nach Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes standen am 30. 9. 1949 in Bayern **197 000 Jugendliche in einer Handwerkslehre.** Im gleichen Zeitraum befanden sich in **Industrie und Handel 29 000 Lehrlinge** in der Ausbildung. 15% der Handwerkslehrlinge waren Mädchen, von denen 81% im Bekleidungs-, Textil- und Lederhandwerk beschäftigt sind. 1951 werden im Handwerk voraussichtlich nicht mehr als 30 000 bis 35 000 Jugendliche neue Lehrstellen finden.

Am 30. 1. wurde in **Randersacker** zusammen mit der Steuerstufe der Rhein-Main-Donau-AG. der erste Maschinensatz der am Obermain im Bau befindlichen **Kraftwerksgruppe** eingeweiht.

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern plant die Errichtung einer arbeitgebereigenen Wohnungsbaugesellschaft auf privatwirtschaftlicher Grundlage, die ausschließlich den Bau von Wohnungen für Betriebsangehörige durchführen soll. Die Gesellschaft wird den Charakter eines freien, d. h. nicht gemeinnützigen Wohnungsunternehmens erhalten, um in den freien Verfügungsrechten über die Wohnungen nicht durch heute schon bestehende und in der Zukunft vielleicht noch eintretende gesetzliche Bestimmungen beeinträchtigt zu werden. Die Gesellschaft beabsichtigt, die Finanzierung so zu gestalten, daß sie keine staatlichen Darlehen in Anspruch nehmen muß und damit von Einschränkungen in der Belegung und Freimachung der Wohnungen befreit bleibt. Man hofft, das werde um so leichter gelingen, als das Unternehmen den Wohnungsbedarf aller einzelnen Werke zusammenfassen und so durch größere Bauvorhaben die Verbilligungsmöglichkeiten der rationellen Baumethoden des Serienbaues und der Sammelbestellungen ausschöpfen kann. Der Vorteil der Konzentrier.ung auf einen Bauträger ermögliche auch den kleineren Betrieben die Beteiligung an den Bauvorhaben. Die Finanzierung soll etwa ⅓ aus Fremdkapital in Form von ersten und zweiten Hypotheken der Realkreditinstitute, Versicherungen und Bausparkassen und mindestens ⅓ aus zinsfreien Darlehen der interessierten Werke erfolgen.

Die 81. Einkaufstagung des Nürnberger Bundes stellte auf einer Gesamtfläche von 2500 qm unter Teilnahme von 220 Firmen Erzeugnisse der Geschäftszweige Glas, Porzellan, Hausrat und Eisenwaren aus. Die Notwendigkeit der Bedarfsdeckung wurde durch den Besuch von rund 1200 Besuchern unterstrichen. Besonders lebhafte Diskussionen wurden um die Preisstellung laut, die sich an die letzten Kohlen- und Eisenpreiserhöhungen anpaßten. Naturgemäß sind Lieferterminе durch Materialknappheit besonders bei von ausländischen Rohmaterialien abhängigen Erzeugnissen langfristiger gewunden. Eisen-, Stahl- und Metallwaren sind noch kurzfristig verfügbar, Glas- und Porzellan-Erzeugnisse dagegen erst nach einigen Monaten. Neuheiten waren nicht allzu stark vertreten. Nur auf dem Hausrat-Sektor fanden Schallwaschgeräte als Neuheit starke Beachtung. Von den Mitgliedern des Bundes fanden geschützte Porzellanservice, Trinkglasgarnituren und andere geschützte Waren lebhaftes Interesse. Die erleichterten Export-Bedingungen zogen vornehmlich für Porzellan Vertreter der Schweiz und Österreich an. Allgemein blieb die Umsatztätigkeit an allen Tagen lebhaft und man schätzt die Endumsätze nach bisherigen Feststellungen bis zu 3% über den vorjährigen Ergebnissen.

Die bayerische Vereinsbank München zibt in einem kleinen Handbuch, das Interessenten kostenlos zur Verfügung steht, eine **Übersicht über das Börsenjahr 1950.** Nach kurzer Analyse der Kursentwicklung und einer Vorschau auf das Jahr 1951 wird über den Stand der Wertpapierbereinigung berichtet. Ausgezeichnet übersichtliche Kurszusammenstellungen für die an der Münchner Börse gehandelten Wertpapiere bilden auf 30 Seiten den Hauptteil des Büchleins, von denen Weiterverbreitung man sich auch für die Beschaffung von Fremdkapital notwendige Gewinnung weiter Publikumskreise für das Börsengeschäft erhofft.

Auf einer **Tagung der Bayerwerk AG. in München** befaßten sich vor kurzem die regionalen Betriebsgruppen Deutschland, Österreich und Italien der OEEC mit Fragen der Intensivierung der bereits bestehenden verbandswirtschaftlichen Zusammenarbeit der drei Länder auf dem Gebiet der Stromerzeugung und -lieferung. Der in freundschaftlichem Geist geführte Gedankenaustausch führte zu der Feststellung, daß sehr wohl auch ohne Errichtung von neuzeitlichen Anlagen die Energieversorgung Bayerns durch dieses Verbundsystem eine wesentliche Verbesserung erfahren kann, wenn einige technische Probleme als Voraussetzung dazu umgehend gelöst werden. Es sind dies die Frequenzunterschiede der Netze, die Verschiedenheit der Erdungssysteme und die Spannungshaltung und Regelung.

Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen stieg, der allgemeinen Preistendenz entsprechend, im Dezember 1950 der **Preisindex für die Lebenshaltung von Arbeitnehmerfamilien** gegenüber dem Vormonat um 1,8% auf der Basis des ersten Vierteljahres 1949 gleich 156 steht der Index nunmehr bei 80,9 und auf Basis 1938 gleich 100 bei 190,2. Die Verteuerungen erstrecken sich auf alle Sparten des Verbrauchs der Haushaltungsbudgets von Arbeiterfamilien. Bei den Nahrungsmitteln sind einige Preisrückgänge eingetreten (Kartoffeln 0,1%, Frischfisch 11,8%, Schweinefleisch 1,2%, Kalbfleisch 3,5%, Margarine 1,8% und Eier 3,6%). Diese werden jedoch innerhalb der Verbrauchsausgaben der Arbeitnehmerhaushaltungen überlagert durch Preiserhöhungen für Brot (2 bis 6 Pfg. je kgl), Nährmittel (3%), Rindfleisch (1%), Wurstwaren (0,2%) und Milch (2 Pfg. je Liter). Das Anziehen des Brotpreises erstreckt sich auf alle Sorten, ausgenommen das Kommißbrot. Für Frischobst und Gemüse waren ebenfalls saisonübliche Preisauftriebstendenzen zu vermerken. Im Sektor des Verbrauchs industrieller Fertigwaren hat vor allem die Ausgabengruppe Bekleidung eine kostenmäßige Belastung erfahren (2%). Lediglich bei einigen kunstseidenen Artikeln war eine leichte Verbilligung zu verzeichnen. Die Kosten für die Beschaffung von Hausrat wurden wesentlich beeinflußt durch 17 Preiserhöhungen bei insgesamt 31 wichtigen Haushaltsartikeln. In der Indexziffer Heizung und Beleuchtung, die um 0,6% stieg, zeigt sich eine Auswirkung der Erhöhung des Steinkohlenpreises um 6% im Landesdurchschnitt.

Behörden und öffentlichen Anstalten soll es im Land Nordrhein-Westfalen grundsätzlich **untersagt** werden, **Gewerbebetriebe in eigener Verwaltung zu errichten** oder zu unterhalten, sieht ein Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der FDP und der Zentrum vor. Er wurde vom Landtag am 23. Januar nach erster Lesung dem Wirtschaftsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Nach Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Essen hat die **Ruhrstahlindustrie** in den letzten Monaten große **Auslandsaufträge** ablehnen müssen, da ihre Produktionsstätten durch die vorliegenden In- und Auslandsaufträge nach Maßgabe der Stahlquote voll ausgelastet sind.

Der nordrhein-westfälische Wiederaufbauminister, Dr. Otto Schmidt, teilte am 23. Januar vor dem Landtag mit, daß in diesem Jahr 259 Mill. DM für das **Bergarbeiterwohnungsbauprogramm** vorgesehen sind. 173 Mill. DM seien bereits vorhanden. 86 Mill. DM, davon stelle Nordrhein-Westfalen, 23 Mill. kämen aus ERP-Mitteln, während die übrigen Gelder vom Bund oder aus anderen Quellen kommen. Amerikanische Stellen hätten sich nach Angaben des Ministers bereit erklärt, den ERP-Zuschuß auf 45 Mill. DM zu erhöhen, wenn ein Anreizprogramm aufgestellt wird, um die Kohlenförderung zu steigern.

Auf der **Zeche Hannover, Bochum**, die zu Friedr. Krupp gehört, soll in Kürze eine Batterie von 19 Koksöfen erstellt werden. Vor Weihnachten 1950 war bereits eine Koksofen-Batterie von 25 Öfen unter Feuer genommen worden. Nach Fertigstellung der neuen Batterie verfügt die Zeche über 4 Batterien mit 116 Öfen.

Vor kurzem wurde die neue **Ferngasleitung zwischen Benn und Enskirchen in Betrieb** genommen. Vorerst ist eine jährliche Transportleistung von 20 bis 25 Mill. cbm Gas vorgesehen. Nach dem geplanten Bau einer Kompressoranlage bei Porz kann die Leistung vervielfacht werden. Die Thyssensche Gas- und Wasserwirtschaft und die Ruhrgas AG. liefern das Gas.

Die seit längerem festgestellten **umfangreichen Diebstähle an Buntmetallen** haben die August-Thyssen-Hütte in Hamborn veranlaßt, die Leibvisitation ihrer Belegschaft einzuführen. Innerhalb weniger Wochen wurden vom Werkschutz ca. zwei t Kupfer Diebesgut sichergestellt. Von einer Schaltanlage wurden sämtliche kupferneu Schaltmesser entwendet.

An der Technischen Hochschule Aachen wurde mit Unterstützung der Kunststoffindustrie ein **„Institut für Kunststoffverarbeitung in Industrie und Handwerk"** errichtet. Die Leitung wurde Prof. Dr. Ing. E. Kreekeler übertragen.

In Solingen ist die **Kollektiv-Warenverkehr GmbH.** kürzlich gegründet worden, die durch gemeinsam zu tätigende Warenaustauschgeschäfte innerhalb Deutschlands und zwischen den Besatzungszonen den Warenabsatz steigern will, namentlich um Absatzstockungen bei mittleren und kleinen Unternehmen Solingens zu überwinden. Erste Geschäftsführer sind Fabrikant Hugo Becker und Kaufmann Hans Menge, beide Solingen-Ohligs.

Auf dem ehemaligen Kruppgelände in Essen soll ein neues Edelstahl-Werk mit einer Jahreskapazität von 100 000 t erstehen. Fast die Hälfte des erzeugten Stahles soll in der Kruppschen Lokomotiven-Fabrik weiterverarbeitet werden. Die Kosten für den Bau der Anlage sind mit 40 Millionen angesetzt; die Stadt Essen will davon 10 Millionen bereitstellen. Die anderen Mittel sollen vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebracht werden. Durch die Verwirklichung dieses Projektes könnten 1500 ehemalige Kruppfacharbeiter wieder Arbeitsplätze erhalten.

Niedersachsen

Die zur Reichswerke AG gehörende **FAMAS, Fahrzeug- und Maschinenbau Watenstedt GmbH konnte 1950 ihre Belegschaft fast verdoppeln.** Trotz der großen Materialschwierigkeiten hofft man, den Belegschaftsbestand von 3000 Personen halten zu können. Die Auftragsbestände sind sehr günstig. Von der Bundesbahn liegen Reparaturaufträge in Höhe von fast 10 Mill. DM vor. Neuhauaufträge haben u. a. die Hamburger Hochbahn und die Städt Kaiserslautern (Oberleitungs-Omnibusse) und Schweden (200 Güterwagen im Werte von 1,8 Mill. DM) erteilt. Diese Aufträge werden in Gemeinschaft mit den Firmen Lauchhammer und Linke-Hoffmann-Busch ausgeführt.

Mit Hochdruck wird zur Zeit bei der **Reichswerke AG in Watenstedt** an der Fertigstellung einer Leichtbaustoffabrik gearbeitet. **Nach Ablauf einer eineinhalbjährigen Planungsarbeit sollen im April bei den Reichswerken die ersten Fertighäuser fabrikmäßig hergestellt werden.** Dank der Initiative von Direktor Ing. Jungblüth glaubt man, mit der Einstellung auf die Fertighausproduktion die von der Demontage verschont gebliebenen Anlagen der Reichswerke wieder zu einer rentablen Gesamtleistung bringen zu können. Zirka 10 000 Wohnungen sollen jährlich als Fabrik Watenstedt gerichtet werden. Aus der beim werkseigenen Elektrizitätswerk anfallenden Flugasche (täglich zirka 250 t), die bisher ungenutzt auf Abraum ging, soll unter Zusatz von Kalk und gemahlener Hochofenschlacke nach schwedischem Vorbild der **Ytong-Leichtbaustoff** hergestellt werden. Die vielseitige Verwendungsmöglichkeit von Ytong für die Fertigung von Steinen, Balken und Platten ist erprobt. Im wesentlichen soll dieser Baustoff mit seinen überlegenen Isolierwerten für die Außenwände verwendet werden, für die Trennwände sind andere im Werk gefertigte Baustoffe vorgesehen, Treppen, Fenster und Türrahmen sind aus Stahlblech. Mit Installationswänden versehen sollen diese Montagehäuser modernste küchentechnische und sanitäre Anlagen erhalten.

Der cbm-Preis ist mit 30 DM errechnet. Die Serienherstellung soll eine wesentliche Kostensenkung bringen. Es wurden nach Größe, Form und Grundriß verschiedene Haustypen entwickelt. Im Frühjahr sollen erst einmal in nächster Nähe des Werkes einige hundert dieser fabrikmäßig hergestellten Häuser aufgestellt werden.

In diesem Jahr wird das Personal der großen Ausstellerfirmen auf der **technischen Messe in Hannover** nicht mehr auf behelfsmäßige Nachtquartiere und entlegene Schlafstellen angewiesen sein. Nach dem Vorbild des Olympia-Dorfes wird für sie ein **„Messedorf"** gebaut werden.

In einem Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard fordert der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Braunschweig, Dr. Ballhausen, die **Regierung müsse alles tun, um Hamsterpsychosen zu vermeiden.** Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Bundesrepublik werde durch Angstkäufe gehemmt. Diese trügen nur dazu bei, wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen zu lassen. Augenblicklich sei wieder eine besondere Kaufneigung für Zucker festzustellen, deren Gründe nicht klar ersichtlich seien. Dr. Ballhausen erwartet von allen zuständigen Stellen, daß sie für eine entsprechende Aufklärung und Beruhigung der Bevölkerung sorgen. Die Bundesregierung, und zwar vor allem die zuständigen Ministerien, müßten in regelmäßigen Zeitabschnitten in der Presse Erklärungen über die augenblickliche Wirtschafts- und Ernährungslage, sowie ihre zukünftige Entwicklung abgeben.

Am Nordhars **bei Langelsheim** sind **zwei ausgedehnte Erzfelder** mit hohem Kupfer- und Bleigehalt entdeckt worden. Es wurden pro Tonne 22,35% Kupfer und 20,6 Gramm Silber bei dem einen Feld und 38,99% Blei und 183 Gramm Silber festgestellt.

Rekordpreise wurden auf der ersten diesjährigen Wollauktion der Deutschen Wollverwertung GmbH, Abt. West, am 18. 1. in Paderborn erzielt. Mit 6000 Zentnern war das Angebot fast doppelt so groß wie auf der letzten Auktion Mitte Dezember. Zur Hälfte bestand das Angebot aus den Merinoschlachtwollen der Wintermonate und zur anderen Hälfte aus den Spätschuren der Crossbredwollen. Die Durchschnittspreise pro kg lagen bei: Merino-Vollschur, Basis rein gewaschen ohne alle Spesen bei DM 31.– (15% höherer Erlös als Dez. 1950); Schweiß DM 11.— bis 13.50. Crossbredwollen, Basis rein gewaschen ohne alle Spesen DM 24.— bis 26.— und im Schweiß DM 10.50 bis 11.30 (20% höherer Erlös als im Dez. 1950). Die Angebote wurden zügig abgesetzt. Die erzielten höheren Preise finden ihre Begründung in der Anpassung an die gestiegenen Weltmarktpreise.

Hansestädte

Wenn nicht eine weitere Verschärfung der Kohlenversorgungslage eintritt, wird behördlicherseits eine **Stromeinschränkung in Hamburg** nicht erforderlich sein, da die Geschäftswelt dem Appell der Wirtschaftsverbände und Kammern zur vorübergehenden Einstellung der Lichtreklame und Schaufensterbeleuchtung im großen und ganzen befolgt.

In einem über das Jahr 1950 vom Bürgermeister Brauer gegebenen Rechenschaftsbericht wird der Wert der Industrieproduktion Hamburgs mit 3,4 Milliarden DM angegeben. Das bedeutet im Vergleich zu 1948 eine Zunahme um 17,3%. Der Produktionsindex liegt mit 97% noch erheblich unter dem Produktionsindex des Bundesgebietes. 11 542 Schiffe mit 1,1 Mill. NRT liefen im Berichtsjahr den Hamburger Hafen an. Das waren 1700 Seeschiffe mit 4,2 Mill. NRT mehr als 1949.

Einer weiteren **Kohlenpreiserhöhung um 17 Pfennig** je 50 kg stimmte der Hamburger Senat am 23. Januar zu. Diese Maßnahme wird mit der Frachterhöhung der Bundesbahn begründet, die am 1. Januar in Kraft getreten ist.

Die von der Handelskammer Hamburg ausgearbeitete neue **Börsenordnung für die Hamburger Börse** ist vom Senat der Hansestadt Hamburg genehmigt worden und inzwischen in Kraft getreten. Die Börsenordnung, die diejenige von 1935 außer Kraft setzt, enthält verschiedene Neuerungen, so z. B. genaue Vorschriften über die Zulassung von Wertpapieren. Neu ist dabei die Bestimmung, daß die Zulassungsstelle für Wertpapiere berechtigt ist, in besonderen Fällen die Veröffentlichung der Kurse amtlich nicht notierter Wertpapiere im amtlichen Kursblatt zu gestatten. Damit ist an der Hamburger Börse der Freiverkehr in Wertpapieren, ähnlich wie dies auch an anderen amtlichen Börsen im Bundesgebiet bereits geschehen ist, zugelassen worden. Die Bestimmungen über den Termingeschäftsmarkt sollen nach Wiederzulassung dieser Geschäftsart in einer Ergänzung zur Börsenordnung herausgegeben werden. Die Gliederung der Hamburger Börse ist die gleiche geblieben, sie besteht aus 8 Abteilungen, nämlich der allgemeinen Börse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, der Getreidebörse, der Kaffeebörse, der Zuckerbörse, der Kautschukbörse, der Metallbörse und der Baumwollbörse.

Die bremische Wirtschaftskammer lehnte auf ihrer Sondersitzung am 22. Januar die **Einführung einer Fünftage-Woche** zur Durchführung der 25%igen Stromeinsparung bei Betrieben über 2000 KW Wochenverbrauch ab, da dadurch vor allem die Exportkontakte der Werft- und anderen Exportindustrien gefährdet werden würden. Das Stromspar-Ergebnis einer Fünftage-Woche dürfte überdies dadurch in Frage gestellt sein, daß die Betriebe an den restlichen Wochentagen bei Mehrverbrauch den Arbeitsausfall auszugleichen bestrebt sein würden. Zur Durchführung der Anordnung des Bundeswirtschaftsministeriums empfiehlt die Wirtschaftskammer dem Bremer Senat den Erlaß eines Appells an alle Elektrizitätsverbraucher sowie die Durchführung von Kontrollen durch die Stadtwerke, wobei als Vergleichsmonat der Monat November herangezogen werden soll. Die Wirtschaftskammer wies ferner darauf hin, daß trotz der Einsparungsbestrebungen bei der Belieferung der Elektrizitätswerke mit Kohle die zugesagten Quoten erfüllt werden müßten.

Die Industrie-Gewerkschaft „Metall" hat das am 24. Oktober 1950 geschlossene **Tarifabkommen für die bremische Metallindustrie** (außer den Werften) gekündigt. Für einen neuen Tarif wird eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pfg. in allen Gruppen und eine Neuregelung der Lehrlingsvergütung gefordert. Durch die Tarifkündigung werden rund 12 000 Arbeitnehmer im Lande Bremen, davon über 10 000 in der Automobilindustrie, betroffen. Der am 24. Oktober geschlossene Lohntarif brachte eine Erhöhung des Grundlohnes um 9 Pfg. auf 1,24 DM.

Nachdem die **Goliath-Werk GmbH, Bremen**, im Oktober 1950 bereits die Fertigstellung des 10 000. Dreirad-Lieferwagens berichtete, lief am 15. Januar 1951 der 1000. Personenwagen vom neuen Typ GP 700 vom Band. In diesen beiden Produktionsangaben spiegeln sich eine beträchtliche Aufbauarbeit wieder. Das Goliathwerk wurde in der knappen Zeit von 1½ Jahren auf das zweifache vergrößert und ist heute eine der modernsten deutschen Automobil-Fabriken. Die Belegschaftsstärke stieg auf 3300 Angestellte und Arbeiter an. Exporte gingen nach 30 verschiedenen Ländern in aller Welt.

Schleswig-Holstein

Schleswig-Holsteins Industrie erreichte 1950 mit 119 000 Arbeitskräften einen Umsatz von 2,4 Milliarden DM. Das sind 700 Millionen mehr als 1949.

Die dänische Tochtergesellschaft der Esso-Organisation, **die Danske Petroleum A. S., hat bei Holsteiner Werften zwei Tanker in Auftrag gegeben.** Einen mit 300 BRT wird die Husumer Schiffswerft, den zweiten mit 70 BRT die Werft Kremer & Söhn in Elmshorn bauen.

Das **Bauprogramm Schleswig-Holsteins** im laufenden Jahr von 16 000 Neubauwohnungen und 5000 durch Wiederaufbau und Wiederherstellung zu gewinnenden Wohnungen bewertet nach Ansicht des Landes-Planungsamtes weder in technischer noch in organisatorischer Hinsicht Schwierigkeiten. Das Land ist jedoch in erster Linie auf die Hilfe des Bundes angewiesen. Von den Gesamtkosten von 204 Mill. Mark sind 117,5 Mill. Mark durch öffentliche Mittel und 61 Mill. Mark durch Fremdmittel aufzubringen. Die Eigenleistung, einschließlich der Selbsthilfe und der Wert des Grund und Bodens werden auf 25 Mill. Mark veranschlagt. Die völlig unzureichende Versorgung des Kapitalmarktes in Schleswig-Holstein führt dazu, daß nicht mehr als 3 bis 5 Mill. Mark für die Heranziehung von ersten Hypotheken auf dem einheimischen Kapitalmarkt verfügbar sein werden.

Die Wobbe-Radio GmbH., Rendsburg, die in ihrer feinmechanischen Gerätebau-Abteilung Uhrmacher-Präzisions-Drehstühle und Uhrmacher-Präzisions-Bohrwerke produziert, kann über eine erfreuliche Exportentwicklung ihrer Uhrmacher-Werkzeuge berichten. Uhrmacher-Drehstühle und -Bohrwerke gingen 1950 nach Schweden, Dänemark, den USA, Kanada, Spanien und Österreich. Allein aus den Vereinigten Staaten kam noch im Dezember ein Auftrag zur Lieferung von 500 Wobbe-Uhrmacher-Drehstühlen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Österreichs Erdölwirtschaft 1950

Rekordproduktion 1,5 Mill. Tonnen — Auf der Suche nach neuen Vorkommen

Die produzierenden österreichischen Erdölfelder — sämtlich als „Deutsches Eigentum" in Niederösterreich unter sowjetischer Verwaltung — lieferten im vergangenen Jahr nach gewissenhaften Schätzungen österreichischer Erdölfachleute (amtliche Produktionszahlen werden von den Sowjets nicht veröffentlicht) rund 1,5 Millionen Tonnen Rohöl. Das ist die höchste Erdölausbeute, seit es eine österreichische Erdölproduktion gibt (1934).

Österreich tritt damit in die erste Reihe der europäischen Erdölproduzenten und dürfte nur von Rumänien übertroffen werden, während die westdeutsche Rohölförderung 1950 rund 1,118 Mill. t erbracht hat. Seit Kriegsende hat sich die österreichische Produktion wie folgt entwickelt: 1945: 450 000 t, 1946: 830 000 t, 1947: 910 000 t, 1948: 960 000 t, 1949: 1,25 Mill. t und 1950: 1,5 Mill. t. Vor 1945 wurde die höchste Ausbeute im Jahre 1944 mit 1,21 Mill. t Rohöl erreicht. 1936 hat sie erst 57 000 t betragen.

Die österreichischen Erdölfelder produzierten in den letzten Monaten durchschnittlich etwa 150 000 t monatlich, was für 1951 eine neue Rekordjahresproduktion von 1,8 Mill. t erwarten ließe. Etwa 100 000 t Rohöl kommen aus den „historischen" Erdölquellen von Zistersdorf, wo seit 17 Jahren Erdöl gewonnen wird. Weitere 20 000 bis 30 000 t im Monat liefert das Erdölfeld von Matzen, 1949 neu aufgeschlossen und vielversprechend. Die restlichen 15 000 bis 20 000 t kommen aus dem erst 1950 aufgeschlossenen Revier von Aderklaa, wo man früher nur Erdgas gewann. In einem weiteren Revier, dem von Bockfließ, sind zur Zeit Aufschlußarbeiten im Gange, doch wurde noch keine Sonde fündig. Die Sowjets sollen für dieses Jahr vier Millionen Schilling für reine Forschungsarbeiten (ohne Probebohrungen usw.) in ihren Erdölgebieten in Österreich bewilligt haben.

Die „Sowjetische Mineralölverwaltung" verkauft etwa die Hälfte der in Österreich aus österreichischem Erdöl hergestellten Produkte an Österreich, und zwar über die „OROP", eine sowjetische Handelsgesellschaft mit österreichischem Gewerbeschein und unter österreichischen Gesetzen stehend (also kein sogenannter USIA-Betrieb), die das alleinige Recht zum Handel mit österreichischen Erdölprodukten hat. In jüngster Zeit hat die SMV die Zuteilung wesentlich erhöht, auf monatlich 9000 t Benzin, 26 000 t Heizöl, 4000 t Petroleum und andere Mineralölprodukte. Insbesondere fällt Heizöl reichlich an, wegen der veralteten und mangelhaften technischen Raffinationseinrichtungen. Von den sieben Raffinerien mit 1,2 Mill. t Kapazität besitzen nur zwei kleinere Krackanlagen. Die meisten Anlagen sind im Krieg schwer hergenommen worden, sie wurden dann z. T. demontiert, jedenfalls kaum erneuert oder ergänzt. So kommt es, daß rund 50% des Durchsatzes in den österreichischen Raffinerien als Heizöl übrigbleibt. Aus den österreichischen Rohölen könnte man im modernen Raffinationsverfahren beste Schmier- und Autoöle sowie wesentlich mehr Benzin gewinnen als es heute möglich ist. Österreich brauchte überhaupt keine Schmier- und Autoöleinfuhren tätigen, wenn es die ihm gelieferten Heizölmengen entsprechend verarbeiten könnte. Interessant ist, daß die SMV bereit wäre, Heizöl über Österreich nach Westeuropa zu exportieren — vor allem wird danach in der Schweiz und in Westdeutschland gefragt — doch müßte Österreich 100% des Devisenerlöses der SMV abliefern — weswegen es bislang auf diesem „Export" verzichtet hat. Die SMV selbst liefert große Mengen Rohöl, Heizöl und andere Produkte nach den Oststaaten und der Sowjet-Union.

Abnahmepreis der SMV deckt nicht Förderungskosten

Die Rohölpreise sind in Österreich ungewöhnlich niedrig, weswegen auch die Mineralölpreise in Österreich niedrig gehalten werden können. Den Rohölproduzenten (auch die nominell angestammten Gesellschaften müssen ihre Produktion zu den festgesetzten Preisen restlos an die SMV abliefern, da die Eigentumsfragen „noch nicht geklärt" sind) bekommen pro Tonne nur 148 S, während der Weltmarktpreis zwischen 500 und 900 S/t schwankt und bereits 1944 der Preis pro Tonne Rohöl in Österreich 105 RM betrug, was heute etwa dem Fünffachen entspräche. Die Forderung der Firmen nach einem kostendeckenden Förderpreis von 350 S pro Tonne wurde bisher immer abgelehnt.

Im Westen und Süden Österreichs — in der amerikanischen und der britischen Zone — wurden die Forschungsarbeiten 1950 erheblich verstärkt. Weder in der Steiermark — wo die Firma van Sickle arbeitet — noch in West-Ober-Österreich südlich und nördlich des Hausruck bis zum Inn an der bayerischen Grenze, sind aber bisher richtige Tiefbohrungen durchgeführt worden. Die Aufschlußbohrungen beschränkten sich bisher im allgemeinen auf Handbohrungen, Kartierungen und nur in Oberösterreich wurde 1950 auch ein Bohrturm errichtet. In Oberösterreich, bei Taufkirchen, wird ein gutes asphalthaltiges Rohöl — etwa 40 t im Monat — gewonnen. Daß sowohl in Südsteiermark als auch in Oberösterreich die Aussichten, Erdöl zu finden, groß sind, wird von allen Geologen bestätigt. Ein großes Hemmnis für die Forschung nach neuen Erdölquellen in Österreich ist die Verstaatlichung der Erdölwirtschaft, weil sich kein ausländischer Kapitalgeber bereitfinden will, riesige Kapitalien in Forschungs- und Aufschlußarbeiten zu investieren, die dann der Staat ausnützt, während er den Erdölpionier leer ausgehen läßt. Österreich selbst hat aber kein Geld für derart kostspielige Investitionen.

Konzentration der verstaatlichten Schwerindustrie

Eine stärkere Konzentration der verstaatlichten Schwerindustrie Österreichs kündigte der Bundesminister für die verstaatlichten Betriebe, Ing. Waldbrunner, auf einer Presse-Konferenz in Wien an. Die verstaatlichten Hüttenbetriebe machten einander auf den Auslandsmärkten noch immer Konkurrenz und unterböten sich gegenseitig in den Preisen und Lieferbedingungen. Es scheint dabei vor allem an eine Konzentration der Eisen- und Stahlindustrie auf organisatorischem Gebiet gedacht zu werden. Die verstaatlichten Werke — „Alpine Montan", „Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG" (VÖEST), Böhler-Werke", „Schöller-Bleckmann-Werke", „Hütte Lienz" — haben bisher ihre Aufsichtsräte und Vorstände in der alten Form beibehalten, obschon über die Dachgesellschaft, die „Eisenholding" eine Koordinierung der Produktion und in anderer Hinsicht herbeigeführt worden ist.

Als der kommende Mann für die Lenkung der gesamten verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie wird Oberbergrat Dr. Ing. h. c. H. Maltzacher — von 1937 bis 1941 Generaldirektor der „Alpinen Montan" — genannt.

Nationalbank setzt nochmal die DM-Kurse herab

Die österreichische Nationalbank hat nochmals die Kurse der DM herabgesetzt. Der am 22. Januar neufestgesetzte Einheitskurs Geld mit 387,06 Schilling für 100 DM wurde auf 377,41 und der mit 394,48 festgesetzte Kurs Ware auf 384,61 ermäßigt. Der Prämienkurs Geld, der auf 471,96 festgesetzt worden war ist auf 460,17 und der Kurs Ware von 479,36 auf 467,37 zurückgenommen worden. Der Kurs für den Verrechnungsverkehr und für den Reiseverkehr ist mit 622,13 Schilling für 100 DM nicht verändert worden.

Sozialprodukt 1950 um 10% gestiegen

Der jüngste Bericht des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung stellt rückblickend auf das Jahr 1950 fest, daß im vergangenen Jahr die österreichische Industrieproduktion, der Export, verschiedene Gebiete der Agrarproduktion und der Fremdenverkehr neue Nachkriegsrekorde zu verzeichnen hatten. Dadurch war es möglich, trotz des Rückganges der Auslandshilfe den Lebensstandard der Bevölkerung weiter zu verbessern. Die sehr hohen Investitionen, die auch 1950 vorgenommen wurden, werden in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für weitere Leistungssteigerungen schaffen. Das gesamte Sozialprodukt dürfte im vergangenen Jahr um etwa 10% gestiegen sein und hat sich innerhalb der letzten vier Jahre verdoppelt. Durch die Leistungssteigerungen der österreichischen Produktion konnten Investitionen wie Konsum erhöht werden. Die hohen Investitionen im Jahre 1950 gestatteten jedoch nur eine bescheidene Steigerung des privaten Konsums, so daß das Konsumniveau etwa auf der Höhe von 1937 liegen dürfte, wobei zu berücksichtigen ist, daß damals in Österreich eine besonders hohe Arbeitslosigkeit und eine wirtschaftliche Depression geherrscht hatte, und die Bevölkerung seitdem um 5% und die Zahl der Beschäftigten sogar um 42% gestiegen ist. Der stark ansteigende österreichische Export hatte im November 1950 mit rund 14% des Exportes von 1937 einen Höchststand erreicht.

Die Schwierigkeiten, mit denen die österreichische Wirtschaft 1951 kämpfen muß, bestehen nach dem Bericht vor allem darin, daß die Rohstoffe sehr knapp und sehr teuer geworden sind, daß die Kapazitäten weitgehend bereits ausgenützt sind, daß die Fertigwaren-Exportpreise nicht im gleichen Ausmaß wie die Rohstoff-Importpreise gestiegen sind und daß die ERP-Hilfe weiter abnehmen wird.

Rekord-Ausfuhr für schweiz. Maschinen

Die Maschinen-Exporte der Schweiz erreichten im vergangenen Jahre mit 863 Mill. sfrs einen noch nie verzeichneten Höchststand gegenüber 773 Mill. sfrs im Jahre 1949 und 206 Mill. sfrs im Jahre 1938. In diesen Exportzahlen sind Maschinen und Maschinenteile, jedoch keine Instrumente und Apparate einbegriffen. Webmaschinen erzielten einen Exporterlös von 112 Mill. sfrs gegenüber 101 Mill. sfrs im Jahre 1949. Auch Spinnerei- und Garnmaschinen wurden in größerem Umfang exportiert als im Jahre 1949.

Dänemarks Einfuhr stark gestiegen

Zunehmende Verschuldung

Steigende Produktion und günstigere Beschäftigungsbedingungen, zunehmende Verschuldung dem Auslande gegenüber, sowie eine ungewöhnliche Verschlechterung der „terms of trade" sind die wichtigsten Kennzeichen der wirtschaftlichen Entwicklung Dänemarks im Jahre 1950. Von besonderem Interesse ist die Zahlungsbilanz, über deren Entwicklung folgende vorläufigen Angaben vorliegen.

Laufende Einnahmen (Mill. dKr.)	1949	1950
Gesamte Ausfuhr (fob)	3 644	4 750
Bruttofrachten und Passagiereinnahmen	712	875
Erträge aus Fremdenverkehr	110	150
Marshallmittel (netto)	563	385
Andere laufende Einnahmen	250	300
Einnahmen insgesamt	5 280	6 460
Laufende Ausgaben (Mill. dKr.)		
Gesamte Einfuhr (cif)	4 204	6 000
Ausgaben dänischer Schiffe in fremden Häfen	350	400
Ausgaben für Auslandsreisen	160	200
Andere laufende Ausgaben	195	220
Ausgaben insgesamt	4 909	6 820
Saldo	+ 371	— 360

Ohne Marshallhilfe würde sich der Fehlbetrag der dänischen Zahlungsbilanz mithin auf rd. 750 Mill. dKr. belaufen haben. Aber auch schon der rechnungsmäßige Fehlbetrag von 360 Mill. dKr. hat neben anderem zur Folge gehabt, daß sich die Nettoverschuldung der Danmarks Nationalbank an das Ausland im Jahre 1950 von 400 Mill. dKr. auf 672 Mill. dKr. erhöht hat. Praktisch kann dieser Betrag nicht mehr überschritten werden, ohne daß die Nationalbank Gold und Dollardevisen an die EZU abgibt.

Fehlbetrag der Handelsbilanz verdoppelt

Die Verschlechterung der valutarischen Situation Dänemarks ist in der Hauptsache auf die ungünstige Entwicklung der „terms of trade" zurückzuführen, die eine sehr viel stärkere Erhöhung der Einfuhr im Vergleich zur Ausfuhr mit sich gebracht hat. Dadurch hat sich von 1949 auf 1950 der Fehlbetrag der Handelsbilanz von 640 Mill. dKr. auf 1250 Mill. dKr. vergrößert, also nahezu verdoppelt. Aus den übrigen Posten der Zahlungsbilanz ergibt sich eindeutig, daß ein derart hoher Einfuhrüberschuß für Dänemarks Wirtschaft nicht tragbar ist. Die Erträge aus der Schiffahrt und aus dem Fremdenverkehr reichen im günstigen Falle zur Deckung eines Fehlbetrages von ungefähr 500 Mill. dKr. aus. Dänemark hat infolgedessen kaum eine andere Möglichkeit als den Fehlbetrag durch eine Reduktion seiner Einfuhr in etwa dieser Größenordnung auszugleichen. In einem gewissen Umfange ist das auch bereits durch Begrenzung der Einfuhr und Förderung des Exports versucht worden, die Wirkungen dieser Maßnahmen können sich zwangsläufig aber erst in einigen Monaten zeigen.

Die Veränderung der „terms of trade" zuungunsten Dänemarks hat sich erst nach dem Ausbruch des Koreakrieges mit aller Schärfe gezeigt, wenngleich auch schon vorher die Entwicklung wenig günstig verlaufen war. Im Mai vorigen Jahres lag der Einfuhrpreisindex (1935 = 100) bei 326, der Exportpreisindex bei 286, die Spanne betrug also 40 Punkte. Bis Dezember 1950 war der Einfuhrpreisindex auf 394 gestiegen, der Exportpreisindex aber nur auf 301, so daß sich die Spanne zuungunsten Dänemarks auf 93 Punkte mehr als verdoppelt hatte. Nach Auffassung maßgebender Wirtschaftskreise besteht jedoch die Gefahr, daß die Verschlechterung des Tauschverhältnisses mit dem Auslande sich zunächst eher noch fortsetzen wird.

Dem steht als positiver Faktor zwar die Zunahme der landwirtschaftlichen und der industriellen Erzeugung gegenüber, die aber nicht annähernd so stark ist, daß dadurch die äußerst angespannte Währungssituation auch nur einigermaßen ausgeglichen werden könnte. In der Landwirtschaft hat sich im Bereich der tierischen Veredelungsproduktion die Kennzahl im vorigen Jahre (1935 = 100) auf 107 erhöht gegenüber einem Durchschnitt von 78 in den Jahren 1945/49 und 100 im letzten Vorkriegsjahrfünft. Im Getreideanbau hat sich die Erzeugung 1950 auf 206 erhöht gegenüber 245 im Durchschnitt 1945/49 und 172 in der Vorkriegszeit. Für die gesamte dänische Landwirtschaft ergibt sich hieraus eine Produktionszunahme auf 120 im vorigen Jahre gegenüber 87 im Durchschnitt 1945/49 sowie 104 vor dem Kriege. Abgesehen davon, daß der Getreideanbau in Dänemark von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung ist, muß die Produktionssteigerung insgesamt als geringfügig bezeichnet werden.

Ein wesentlich günstigeres Bild ergibt sich für Dänemarks Industrie. Der Produktionsindex (1935 = 100) hat sich von Januar bis Dezember 1950 von 154 auf 177 erhöht. Die durchschnittliche Steigerung der gesamten dänischen Industrieproduktion dürfte auf etwa 10% zu veranschlagen sein, wobei für Januar—November 1949 und dem gleichen Zeitraum 1950 von Produktionszahlen von 149 und 166 ausgegangen wird. Zusammengefaßt beträgt die Erhöhung der gesamten dänischen Produktion im Vergleich zur Vorkriegszeit damit etwa 50%. Diese Steigerung ist jedoch wesentlich geringer als die gleichzeitige Erhöhung des Notenumlaufs, der Bankkredite, der Preise und Lebenshaltungskosten, der Außenhandelsumsätze usw. Es ist mit anderen Worten zwischen Gütermenge und Geld- und Finanzbereich eine ausgeprägte Disproportionalität vorhanden, die sich im Jahre 1950 verschärft hat, und die die wirtschaftliche Bilanz in einem gewissen Umfange als inflationistisch kennzeichnet.

Rekordgewinne der dänischen Landwirtschaft

Die Netto-Einnahme der dänischen Landwirtschaft war nach amtlichen Statistiken im vergangenen Jahr fast fünfmal so hoch wie vor dem Kriege. Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Produktion betrug 1950 rd. 5,3 Milliarden dKr. gegenüber 4,5 Milliarden im Jahre 1949 und 1,6 Milliarden dKr. für den Jahresdurchschnitt 1935/39. Für die Netto-Einnahme wurden 2,4 Milliarden dKr. für das Jahr 1950 berechnet gegenüber 1,960 Milliarden im Jahre zuvor und 525 Mill. im Jahresdurchschnitt 1935/39. Man rechnet damit, daß das laufende Jahr in bezug auf die Einnahmen neue Höchstzahlen bringen wird.

Unentbehrliche Fachbücher

HANDBUCH DES STEUERSTRAFRECHTS von Oberregierungsrat Dr. A. Fuchs mit Geleitwort von Oberfinanzpräsident Prof. Dr. Grabower 756 S., Halbleinen, DM 14.— einschl. 4 Nachträgen mit 58 Seiten

STEUERLICHE PRÜFUNG DES KLEINBETRIEBS von [illegible] 117 S., DM 4.—

WEGWEISER UND FORMULARBUCH DES ZIVILRECHTS von Rechtsanwälten Dr. Bletzinger und Dr. E. Loss 600 S. [illegible] DM 15.— Ganzl. DM 18.—

HANDBUCH DER BETRIEBSSTATISTIK von Karl Fechner mit Geleitwort von Universitätsprof. Dr. Hasenack 128 Seiten mit 60 Diagrammen, Ganzleinen DM 9.80

HANDBUCH DER BETRIEBSORGANISATION von Karl Fechner mit Geleitwort von Wirtschaftsminister Dr. Seidel 187 Seiten, Großformat DIN A 4, 130 Musterabdrucke, solider Einband in Ganzleinen DM 17.80

LEHR- UND HANDBUCH DER BETRIEBSPRÜFUNG von Oberregierungsrat Dr. Gnam 512 Seiten, Großoktav, in Ganzleinen DM 25.80

HANDBUCH ZUR REICHSABGABENORDNUNG von Luger und Weber 400 Seiten, Luxusleinband Ganzleinen DM 25.80

BGB — BÜRGERLICHES GESETZBUCH Ganzl. DM 5.80

HGB — Handelsgesetzbuch Ganzleinen DM 4.—

In Kürze erscheinen bei uns:

HANDBUCH DES SPEDITIONSWESENS von Dr. Karl Holz

FORMEN DER KREDITSICHERUNG von Heinz Rösch, Syndikus

KOMMENTAR ZUM PATENTGESETZ 2. neubearbeitete Auflage, von Dr. jur. Dr.-Ing. H. Tetzner

Fachverlag Dr. N. Stoytscheff Nürnberg

Tito auf dem Weg zum freien Markt

Die jugoslawische Regierung hat Mitte Januar neue, wichtige Anordnungen hinsichtlich der Versorgung der Bevölkerung mit Industriewaren und des Handels mit solchen getroffen. Durch eine neue Verordnung über den Industriewarenverkauf, wo sich die Preise nach Angebot und Nachfrage bilden, gebracht. Jede Einschränkung des Warenverkaufes wird aufgehoben; die bisher getrennten Verkaufsstellen für freie Waren und für rationierte Waren („Waren der gesicherten Versorgung") verschwinden. Um jedoch den Personen, die Anspruch auf rationierte Waren haben und den Bauern, die ihre Produkte dem Staat zu Fixpreisen verkaufen müssen, die freien Waren zu bedeutend ermäßigten Preisen zu sichern, wird für diesen Personenkreis ein besonderes System von Zahlungsbons eingeführt, deren Kaufkraft den bisherigen Punkten und Bezugsscheinen entspricht. Damit können diese Personen die Industriewaren um 80%, die Bauern um 65% unter dem jeweiligen Marktpreis kaufen. Zu den Personen, die Anspruch auf „gesicherte Versorgung" haben, gehören alle Berufstätigen, ferner Mütter mit kleinen Kindern, Kinder, Invaliden und die Landwirte, die kein Getreide erzeugen. Dieser Personenkreis wird in drei Kategorien eingeteilt: die einen bekommen pro Jahr Bons für 3700 Dinar (Arbeiter, Genossenschaftshandwerker, Angestellte, Wissenschaftler und Künstler usw.), die zweite Kategorie (Handwerker, freie Berufe, Geistliche, Arbeitsunfähige usw) Bons für 2200 Dinar, und Kinder bekommen Zahlungsbons im Werte von 3000 Dinar. Die Zahlungsbons gelten im ganzen Staatsgebiet — was bisher für Bezugscheine usw. nicht der Fall war.

Gleichzeitig hat die Regierung durch eine weitere Verordnung die Preise für die rationierten Lebensmittel stark — bis zu 40% — herabgesetzt. Zum Beispiel wird der Kilogrammpreis für Weizenbrot von 6 auf 4 Dinar ermäßigt, 1 kg Schmalz von 52 auf 35 Dinar, für Zucker von 33 auf 20 Dinar, für Rindfleisch von 44 auf 28 Dinar und für Schweinefleisch von 50 auf 32 Dinar. Das soll ein gewisser Ausgleich dafür sein, daß die Lebensmittelpreise auf dem freien Markt als Folge der Dürre enorm gestiegen sind. Dafür sind die Preise für Tabak und Tabakwaren sowie Streichhölzer (Staatsmonopol) verdoppelt worden.

Auslandsbörsen

Paris: fest

Im Gegensatz zu den übrigen Weltbörsen wies die Pariser Effektenbörse in der Berichtswoche feste Haltung auf. Die Bankenkundschaft und der berufsmäßige Börsenhandel legten größere Kauforders an den Markt, wobei es sich vielfach um echte Anlagekäufe handelte. Das Geschäft war im allgemeinen recht lebhaft. Man glaubte, eine Entspannung der internationalen Lage erkennen zu können, außerdem gab die anhaltende Rüstungskonjunktur zu größeren Käufen Anlaß. Die Aufwärtsbewegung der Kurse wurde dadurch unterstützt, daß sich die Börse markttechnisch in einer Verfassung befand, die geeignet war, auf Kaufaufträge stärker zu reagieren. Bevorzugt wurden Penarroya, Royal Dutch sowie die übrigen Ölaktien. Im Zusammenhang mit der zuversichtlicheren Beurteilung der militärischen Lage in Indochina zeigte sich für indonesische Werte regeres Kaufinteresse, das zu beachtlichen Kurssteigerungen führte. Ägyptische Werte lagen durch feste Verfassung auf. Suez-Kanalaktien wurden rege begehrt und brachten nicht nur die vorangegangenen Kurseinbußen wieder herein, sondern zogen kräftig an. Hervorzuheben ist noch die Kurssteigerung einzelner Elektrowerte und Bankaktien. Auch Wyoming standen stärker im Vordergrund. Am Rentenmarkt setzte sich eine leichte Festigung durch, da die Neigung zu Glattstellungen nachließ.

	26. 1.	19. 1.
3%ige Ewige Rente	5500	5430
Credit Lyonnais	1730	1725
Caoutchouc Indochine	560	510
Kuhlmann	1450	1351
Schneider-Creusot	5600	5600
Canadian Pacific	8100	8225
Shell	3500	3400
De Beers	2900	2850
Rio Tinto	19800	19850
Suez-Kanal	61500	60500

Schweiz: schwächer

Die Züricher Effektenbörse wies eine wesentliche Umsatzschrumpfung auf. Das Kaufinteresse, das in der Vorwoche erheblich über den üblichen Umfang hinausging, hat sich stark verringert. Börsen- und Wirtschaftskreise verfolgen mit Interesse die Bemühungen zur Beilegung des Koreakonfliktes und hielten sich deshalb von Neuengagements zurück. Tendenzmäßig wurde die Börse weitgehend von der Haltung Wallstreets beeinflußt. Zum Wochenbeginn lagen in einigen Spezialwerten noch bedeutende Aufträge vor, so in Baltimore and Ohio, Pennsylvania-Railroad, Interhandel, Italo-Argentina und Sodec. Die Abschwächung in New York löste später Realisationsneigung aus, wobei es anfangs in erster Linie in nordamerikanischen Eisenbahnaktien, Standard Oil, Kennecott Copper und US Steel Corporation zu Kursrückgängen kam. Im Laufe der Woche schwächten sich auch schweizerische Industriepapiere und die nach Deutschland orientierten Werte ab. Argentinische Papiere setzten anfangs ihre Aufwärtsbewegung fort, litten später aber gleichfalls unter Realisationen. Im allgemeinen fand das herauskommende Angebot bereits auf wenig ermäßigter Kursbasis Aufnahme. Am Schluß der Berichtswoche machte sich in einigen Werten verschiedentlich Deckungsbegehr geltend, so daß sich wieder eine leichte Erholung durchsetzen konnte. Eine Sonderbewegung wiesen Elektro-Watt auf, die gegenüber der Vorwoche leicht anzogen. Bankaktien lagen bei ruhigem Geschäft behauptet.

	26. 1.	19. 1.
3½%ige Young-Anleihe	14,60	14,75
5½%ige Albruck-Dogern	99,00	99,00
Conti-Linoleum-Union	227	231
Elektro-Watt	711	708
Interhandel	715	720
Brown Boveri	955	960
Ciba	2530	2570
Nestle	1495	1505
Licht und Kraft	24½	25 Geld
AEG	22¾	23½ Geld

London: schwächer

Das besondere Kennzeichen der Londoner Effektenbörse war die stärkere Abschwächung der britischen Staatspapiere. Namentlich Emissionen mit langer Laufzeit lagen gedrückt. Der berufsmäßige Börsenhandel zeigte in erster Linie für spekulative Werte Interesse, jedoch war auch auf diesen Märkten das Geschäft verhältnismäßig gering. Anlagekäufe des Publikums waren nur vereinzelt zu verzeichnen. So fanden Textilwerte für Rechnung der Provinz Aufnahme. Die Ankündigung der Regierung, daß im Februar mit einer Brennstoffkrise gerechnet werden müsse, unterband eine größere Unternehmungslust. Die Kursentwicklung ließ eine einheitliche Linie vermissen. Schiffahrtswerte sowie Eisen- und Stahlaktien fanden vorübergehend Beachtung, auch Versicherungswerte standen zeitweise stärker im Vordergrund. Am Minenaktienmarkt fielen Saint Helena Gold Mines durch feste Haltung auf, da man damit rechnet, daß dieser Gesellschaft in Kürze die Goldgewinnung aufnehmen dürfte. Auch Tanganyika Concessions konnten ihren Kursstand bessern. Ferner zogen Von Dyk Consolidated Mines im Kurse an, wofür die Erwartung einer günstigen Entwicklung des Unternehmens ursächlich war. Bedeutende Kursschwankungen wiesen Imperial Continental Gas auf, die anfangs aus spekulativen Käufen für europäische Rechnung Nutzen zogen, später aber unter Gewinnmitnahmen litten. Einen nennenswerten Kursauftrieb wiesen Port of Para-Schuldverschreibungen auf, die bis auf 66 anzogen. Nachfrage zeigte sich ferner für Anleihe von Zeitungsverlagen, da man damit rechnet, daß die letzten Preissteigerungen für Zeitungsdruckpapier eine Preiserhöhung für Zeitungen nach sich ziehen werden. Von Ölaktien gaben Mexican Eagle stärker nach, konnten sich aber später leicht erholen. Die Verwaltung dementierte Londoner Gerüchte, nach denen sich die mexikanische Regierung zu einer Änderung der Bedingungen der Entschädigungszahlungen entschlossen habe. Die Anteile der Zuckerraffinerie Tate and Lyle wurden durch die Erklärung einer Jahresdividende von 2 sh günstig beeinflußt. Deutsche Bonds unterlagen mehrfachen Schwankungen. Einige spekulative Käufe führten vorübergehend zu einer Festigung, jedoch gingen die Gewinne später wieder verloren.

	26. 1.	19. 1.
2½%ige Consols	70½	71¼
7%ige Dawes-Anleihe	19½	20
5½%ige Young-Anleihe	13½	15
7%ige Deutsche Kali-Anleihe	64	64
6½%ige Deutsche Kali-Anleihe	62	62
Rio Tinto	22½	23¼
Royal Dutch	24½	24¾
Anglo-Iranian	115/—	112/6
Courtaulds	39/1½	39/1½
Imperial Chemicals	44/—	43/6
Reuters Index f. Goldgeränderte	92,7	93,2
Industriewerte	127,5	128,5
Kaffirwerte	106,8	106,3

New York: widerstandsfähig

Die Ankündigung eines unmittelbar bevorstehenden Preisstopp gab der New Yorker Effektenbörse in der Berichtswoche das Gepräge. Man ist jedoch der Ansicht, daß die Lohn- und Preiskontrolle nur vorübergehend einen Einfluß auf die Haltung der Börse ausüben werde, da sie bereits weitgehend eskomptiert ist. Sollten die Preise auf einer Basis eingefroren werden, die nicht vor dem 1. Januar 1951 liegt, so sollte die Wirtschaft, nach Auffassung der Börsenkreise, durchaus in der Lage sein, befriedigende Einnahmeausweise vorzulegen und angemessene Dividenden zu verteilen, vorausgesetzt, daß die Steuerlasten nicht übermäßig erhöht werden. Die Anordnung der Preisabteilung des Amtes zur Stabilisierung der Wirtschaft (ESA), die Preise für inländische Häute mit Wirkung vom 29. 1. auf den Stand vom November 1950 zurückzuführen, bildete eine gewisse Überraschung.

Hierdurch wurden beachtliche Verkäufe ausgelöst, die einen Druck auf die Kurse ausübten. Ein Versuch der Haussiers, einen Tendenzumschwung herbeizuführen, schlug fehl. Das Geschäft verlief in erheblich ruhigeren Bahnen als in der Vorwoche. Soweit sich vorübergehend eine Erholung durchsetzen konnte, war diese mehr auf den nachlassenden Abgabedruck als auf ein zunehmendes Kaufinteresse zurückzuführen. Im großen und ganzen blieb aber eine stärkere Widerstandsfähigkeit unverkennbar. Die Anteile von Luftfahrtgesellschaften konnten sich im allgemeinen behaupten, da der Verkehr auf einigen der größeren Linien in diesem Monat bisher um 50—60% größer als im entsprechenden Zeitraum 1950 war. Douglas Aircraft lagen gedrückt, da man enttäuscht ist, daß bisher noch keine Aktienaufspaltung vorgeschlagen wurde. Andererseits wiesen Philipps Petroleum Corporation feste Haltung auf. Ursächlich hierfür waren die günstigen Einnahmen der Gesellschaft in 1950, die auf 8% Dollar je Aktie geschätzt werden, womit sie die zweitgrößten in der Geschichte des Konzerns sind. Die Verwaltung schlägt eine Aktienaufspaltung im Verhältnis 2:1 vor. Auch Gulf Oil zogen im Kurse an, da eine Aktiendividende von 100% angekündigt wurde, sofern die Aktionäre der Kapitalerhöhung zustimmen.

Durchschnittswerte für:	26. 1.	19. 1.
30 Industriewerte	244,51	246,76
20 Eisenbahnwerte	86,86	83,61
40 Inlandsanleihen	103,36	103,15
15 Versorgungsbetriebe	43,89	42,40
Moodys Index	528,4	524,8

Notenkurse in Zürich am 27. Januar 1951

1 $ USA	4.28½ / 4.30
1 £ England	10.40 / 10.60
100 ffr Frankreich	1.10 / 1.12
100 bfrs Belgien	8.27½ / 8.32½
100 hfl. Holland	98.— / 102.50
100 skr. Schweden	64.— / 67.—
100 nkr. Norwegen	42.— / 44.—
100 dkr. Dänemark	42.— / 44.50
100 Lire Italien	—.56 / —.58
100 Escudos Portugal	14.60 / 14.70
100 skr. Tschechoslow	—.90 / 1.10
100 arg. Pesos Argent.	24.— / 26.—
100 türk. £ Türkei	1.07½ / 1.18
100 österr. Schill. Österr.	13.20 / 13.50
1 israel. £ Israel	3.— / 3.50
100 DM Deutschland	**79.50 / 84.50**

Starke Zunahme des britischen Außenhandels 1950

Nach den endgültigen, vom britischen Handelsamt veröffentlichten Ziffern erreichte die britische Ausfuhr im Jahre 1950 einen Wert von 2,17 Mrd. Pfund Sterling und lag damit 21 Prozent über dem Ausfuhrergebnis des Jahres 1949. Diese wertmäßige Ausfuhrerhöhung ist teilweise auf Preissteigerungen zurückzuführen, während die mengenmäßige Exportsteigerung gegenüber dem Vorjahr nur 15 Prozent betrug. Die Einfuhr erhöhte sich im Jahre 1950 auf 2,60 Mrd. Pfund Sterling gegenüber 2,27 Mrd. Pfund Sterling im Vorjahr. Auch diese Zunahme ist weitgehend durch Preiserhöhungen bedingt. Die britischen Re-Exporte beliefen sich im Berichtszeitraum auf 85,0 Mill. Pfund Sterling. Der Überschuß der Einfuhr (cif-Wert) gegenüber der Ausfuhr (fob-Wert) ging auf 347,80 Mill. Pfund Sterling zurück gegenüber 430,0 Mill. im Vorjahr. Das Defizit in der britischen Außenhandelsbilanz betrug im ersten Vierteljahr 70,1, im zweiten Vierteljahr 149,7 Mill. und sank dann auf 63,7 Mill. im dritten und auf 64,5 Mill. Pfund Sterling im 4. Quartal.

Die wertmäßige Erhöhung der britischen Ausfuhr, die der Pfundabwertung folgte, spiegelte sich auf fast allen Gebieten des Außenhandels wider. Die Ausfuhr von Fertigwaren lag 1950 rund 21 Prozent über dem Stand des Vorjahres, während der Export von Textilien nur um 18 Prozent stieg, was weitgehend auf Preiserhöhungen zurückzuführen ist. Auch bei Metall-Fertigerzeugnissen stieg die Exportziffer gegenüber 1949 um 30 Prozent, während die Ausfuhr von anderen Fertigwaren auf diesem Sektor sogar 39 Prozent über dem Vorjahres-Ergebnis lag. Diese Exportsteigerung war in erster Linie durch eine Erhöhung der mengenmäßigen Ausfuhr bedingt.

Importpreise in England um 21 Prozent gestiegen

Das Verhältnis zwischen Import- und Exportpreisen entwickelte sich in Großbritannien nach amtlichen Statistiken im vergangenen Jahr ungünstig. Während die Preise für Importgüter um 21% gegenüber dem Jahr zuvor stiegen und damit eine Indexziffer von 130 erreichten (1947 = 100) erhöhten sich die Erlöse für Exporte in der Berichtszeit nur um 9,3% (Index 127). Die meisten Preiserhöhungen für Importe traten erst nach dem Beginn des Korea-Krieges ein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Neue Hausse in Baumwolle und Wolle

Weiter fest: Metalle, Häute und Felle, Öle und Fette — Schwach liegen: Zucker, Kaffee, Kakao — Kautschuk ruhig

An den internationalen Rohstoffmärkten hielten sich die Preisveränderungen in der Woche zum 26. Januar in engen Grenzen.

Getreide

Chikago (in cts je Bushel)	26. 1. 51	19. 1. 51
Weizen, März-Termin	244½	242⅞
Mais, März-Termin	176¾	178⅝
Hafer, März-Termin	99⅞	95⅞

Das Börsengeschehen in Chikago war weitgehend durch die Überlegungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Preisstopp bestimmt. Man machte geltend, daß Höchstpreise bei Agrarerzeugnissen wohl in keinem Falle unter den Paritätspreisen, zu denen sie von der Regierung gestützt werden, liegen würden, das heißt also, das man in dem besonderen Falle von Getreide keine Befürchtungen zu hegen braucht, weil alle Getreidepreise unter den Paritätspreisen notieren. Am Nachmittage des 25. Januar wurde bekannt, daß das Amt zur Mobilisierung der Verteidigung in den USA ein allgemeines Einfrieren der Preise und eine Kontrolle der Löhne und Gehälter genehmigt habe. Dieser Umstand hat sich börsenmäßig auch nicht auswirken können. Es dürfte indessen damit gerechnet werden können, daß die fernere Entwicklung der Chikagoer Getreidebörse durch ihn nicht besonders beeinflußt werden, und daß die Geschäftstätigkeit nicht darunter zu leiden haben wird. Bei Getreide sind die Verhältnisse, im Unterschied zu der Mehrzahl von landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffe insofern anders gelagert, als hier die USA über eine bedeutende Überproduktion verfügen. — Am Ausfuhrmarkt fiel im Gegensatz zu der verhältnismäßigen Ruhe der letzten Wochen die lebhafte Abschlußfähigkeit besonders auf. Großbritannien sowie verschiedene andere europäische Länder waren neben Westdeutschland, dieses für Weizen, für Brot- und Futtergetreide am Markt. Buenos Aires berichtet über mäßige Regenfälle in den wichtigsten Anbaugebieten für Mais. Nur im nördlichen und westlichen Buenos Aires dauert die Trockenheit an. Der Felderstand ist sonst im allgemeinen gut. Auch bei Sonnenblumensaat wird mit einem guten Ertrag gerechnet. Der Getreidehandel schätzt den Ertrag der diesjährigen argentinischen Weizenernte auf 4,3 Mill. t, gegenüber 5,05 Mill. t nach einer früheren Schätzung. Nach Erfüllung der handelsvertraglichen Verpflichtungen Argentiniens für Weizen dürfte nach der gleichen Quelle ein freier Ausfuhrüberschuß von rund 500 000 t Weizen verbleiben. — In den argentinischen Häfen wurden in der Woche zum 24. Januar mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 32 755 t Weizen und 1952 t Leinsaatöl verladen. 19 755 t Weizen waren für Westdeutschland bestimmt. 4000 t gingen nach Belgien.

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 34,2 kg

	20. 1. 51	27. 1. 51
März	244½	246
Mai	245	246½
Juli	241¼	243½

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg

	20. 1. 51	27. 1. 51
März	177½	179½
Mai	178½	180½
Juli	179	180½

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	20. 1. 51	27. 1. 51
März	97¾	99¾
Mai	97	97¾
Juli	91¼	93¾

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg

	20. 1. 51	27. 1. 51
Mai	191¾	191½
Juli	187¾	188
Oktober	182½	183½

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg

	20. 1. 51	27. 1. 51
Mai	147¾	145¾
Juli	137	134¾
Oktober	128¾	127

Öle und Fette

Mit der Aussicht auf die Einführung von Höchstpreisen, mit der man noch zu Ende der Berichtswoche rechnete, nahmen die Notierungen für pflanzliche Öle und Fette an den nordamerikanischen Märkten ihre Aufwärtsbewegung wieder auf. Die Geschäftstätigkeit hielt sich indessen in sehr engen Grenzen. Infolge des Steigens der Preise für Leinsaat und für Rizinussaat zogen auch die entsprechenden Öle scharf an. Der Markt für Firnisöle erhielt durch diese Entwicklung sein Gepräge. Nichteßbare Herings- und pflanzliche Öle für die Seifenindustrie blieben dagegen nahezu unverändert, obwohl die führenden Werke dieses Industriezweiges ihre Preise für ihre Erzeugnisse heraufgesetzt haben.

In Buenos Aires verkaufte das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) dem Exporthandel 8000 t Leinsaat-Expellers zu 472,50 arg. Peso je t fob Buenos Aires, gesackte Ware, und 2000 t Baumwollsaat-Expellers zu 475 arg. Peso je t. Für Leinsaatöl fordert das IAPI neuerdings 3,20 arg. Peso je kg fob Buenos Aires, ohne Verpackung, bei Zahlung in Handelsvertragswährungen und 2 arg. Peso je kg bei Zahlung in Dollar. In der Berichtszeit wurden 319 t Leinsaat nach Frankreich und 88 t nach Rotterdam verschifft.

Kaffee

New York (in cts je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
Santos „2"-Kontrakt (alt) März-Termin	53,80	54,55
Santos „2"-Kontrakt (neu) September-Termin	51,90	52,73
Santos „U"-Kontrakt März-Termin	52,50	53,00

Auch an der New Yorker Kaffeebörse warfen die bevorstehenden Preiskontrollen ihre Schatten voraus. Dabei ist man sich selbst in Fachkreisen nicht darüber im klaren, auf welche Weise die Vereinigten Staaten bei ihrer völligen Einfuhrabhängigkeit in Kaffee einen Preisstopp in die Praxis umsetzen wollen. Der Leiter der Preisabteilung des Amtes zur Stabilisierung der Wirtschaft (ESA) hatte am 24. Januar erklärt, daß auch die Preise solcher Erzeugnisse, in denen die USA teils Selbstversorger, teils Einführer sind, kontrolliert werden würden. Er hoffe, daß die ausländischen Lieferländer ihre Erzeugnisse auch weiterhin nach den Vereinigten Staaten ausführen würden. Diese Erklärung, abgegeben auf einer Pressekonferenz, scheint mehr für amerikanische Ohren als für die des Auslandes bestimmt gewesen zu sein. Die lateinamerikanischen Kaffeeproduktionsländer haben bereits vorgeschlagen, für Kaffee „elastische" Höchstpreise festzusetzen, die sich den ständig steigenden Produktionskosten anpassen könnten. Nach einem Bericht aus privater Quelle hat Brasilien in den ersten elf Monaten des Jahres 1950 insgesamt 13,372 Mill. Sack Kaffee ausgeführt. Für das ganze Jahr 1950 wird mit einer Ausfuhr von 15 Mill. Sack gerechnet gegenüber 15,366 Mill. Sack im Kalenderjahr 1949.

Kakao

New York (cts je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
Bahia, loko	35,75	34,75
Accra, loko	35,75	36,75

Von Beginn der Berichtszeit an zeigte die New Yorker Kakaobörse sehr schwache Stimmung. Auch hier waren es Erwägungen im Zusammenhang mit dem Preisstopp, die zur Zurückhaltung und Vorsicht mahnten. Außerdem klagt die nordamerikanische Schokoladenindustrie über die hohen Kakaopreise, die, sollte ein Rückgang nicht eintreten, wahrscheinlich das Ende der populären 5 cts-Tafel bedeuten dürften. Nachdem am 25. Januar eine Entscheidung zugunsten des Preisstopps gefallen ist — die Anordnung selbst wurde allerdings noch nicht veröffentlicht —, wird man sich in den USA in den nächsten Tagen Klarheit über die Reichweite einer solchen Maßnahme bei dem einfuhrabhängigen Kakao zu schaffen versuchen. Es stellt sich die Frage, ob die interessierten Kreise in den Vereinigten Staaten die New Yorker Kakaobörse zu der Bedeutung eines Inlandsmarktes absinken lassen, oder ob sie ihr den Charakter einer Weltbörse erhalten wollen. Angesichts der Wiederaufnahme des Termingeschäftes in Kakao in London, gestützt auf das größte Kakao-Produktionsgebiet der Welt in Westafrika, kann diese Entscheidung unter Umständen, auf lange Sicht gesehen, für New York schwerwiegende Folgen haben.

Tee

An den Teemärkten in Jakarta und Colombo zogen die Notierungen an; in Kalkutta blieben sie unverändert. Die Nachfrage war an allen drei Plätzen gut. Die Amsterdamer Teeversteigerung vom 22. Januar brachte, gegenüber dem 4. Januar, Preisgewinne von durchschnittlich 6 bis 10 Prozent.

Zucker

New York (cts je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
Weltkontrakt Nr. 4, März-Termin	4,94	5,06

Die Tendenz des Weltzuckermarktes hat sich entschieden abgeschwächt. Anfang der Woche erzielte Kuba-Rohzucker noch 5,10 cts je lb fob kubanischen Hafen, gegen Ende der Woche nur 5 cts je lb. Das Kaufinteresse hat erheblich nachgelassen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Zeit eines hohen Zuckerpreises vorläufig der Vergangenheit angehört. Im Falle einer Beruhigung der weltpolitischen Lage dürfte sich die rückläufige Entwicklung des Zuckerpreises eher verschärfen.

Wolle

Höhere Notierungen, fast täglich neue Rekordpreise und lebhafteste Nachfrage sind nun schon seit Wochen die Merkmale des Geschäftes an den australischen und südafrikanischen Wollhandelsplätzen. Die Gründe für die Wollhausse sind bereits bis zur Ermüdung erörtert worden. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, solange sich sämtliche Wollverbraucher jeden Ballen Wolle, ohne Rücksicht auf den Preis, vor der Nase wegsteigern. Der starke Deckungsbedarf des zivilen Sektors und der Rüstungsbedarf, zumal der Vereinigten Staaten, wird die Preisgestaltung auf lange Zeit hinaus beeinflussen, es sei denn, man fände sich doch noch zu einer internationalen Zuteilung bereit. Nach Lage der Dinge ist indessen zweifelhaft, ob selbst eine solche eine Beruhigung des Wollmarktes nach sich ziehen würde. Als kennzeichnend für die Stimmung unter den Aufkäufern mag vermerkt werden, daß am 25. Januar ein neuer Rekordpreis in Durban (Südafrika) mit einem Pfeifkonzert begrüßt wurde.

Der Wollmarkt in Buenos Aires war bei lebhaftem Geschäft fest. Die einheimischen Textilbetriebe, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Belgien und Italien zeigten sehr lebhaftes Interesse, so daß die Notierungen bei abnehmendem Angebot stetig anzogen. Entre Rios- und Corrientes-Wollen sind praktisch geräumt. In Pampa- und Buenos-Aires-Wollen sind nur noch geringe Partien mittlerer Qualität greifbar. Das Südterritorium hat annähernd 30 % seiner Schur untergebracht.

Auch der Wollmarkt in Montevideo war bei geringem Angebot sehr fest. Bemerkenswert groß war der Umsatz unter den Wollhändlern dieses Platzes. Es wurden Rekordpreise erzielt. Die Spekulation bietet bereits, umgerechnet auf Dollar, 1,80 Dollar je lb c & f für Ware aus der kommenden Oktoberschur.

Baumwolle

New York (cts je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
März 1951	44,30	43,89
Mai 1951	43,62	43,61
Dezember 1951	40,93	39,90
März 1952	40,74	39,79

Die Notierungen an der New Yorker Baumwollbörse erreichten in der Woche zum 26. Januar nicht nur neue Höchststände für die Saison, sondern für die Zeit des Bestehens des Börsengeschäftes in Baumwolle. So notierte der März 1951 am 22. Januar 44,64 cts je lb. Angriffslustige Käufe der Spinnereien zur Deckung ihrer Verkäufe in Baumwollstückgütern und Deckungen der Baissespekulation konzentrierten sich auf die Termine der alten Ernte, während die Kommissionshäuser und New Orleanser Interessentenkreise Anschaffungen in den niedriger notierten Terminen der neuen Ernte vornahmen. Bemerkenswert groß war der Umfang der Umstelloperationen von den nahen auf ferne Sichten, wofür wahrscheinlich Erwägungen im Zusammenhang mit der, wie man von Höchstpreisen ursächlich gewesen sein dürften. Ein Teil der Nachfrage in den nahen Sichten geht offenbar auf die Annahme zurück, daß mit einer Belebung des Ausfuhrgeschäftes gerechnet werden kann, sobald das Handelsministerium die Lizenzen für die letzten Ausfuhrzuteilungen bearbeitet habe. Außerdem ist man sich darüber klar, daß die Versorgung mit Baumwolle von Tag zu Tag knapper wird. An den zehn nordamerikanischen Lokomärkten der Südstaaten erreichten die Notierungen ihren höchsten Stand seit dem amerikanischen Bürgerkrieg. Die Kaufbewegung wurde durch die umfangreiche Nachfrage nach Baumwollstückgütern von militärischer Seite unterstützt. Als sich gegen Ende der Berichtszeit die Drohung eines baldigen Preisstopps verstärkte, trat eine Rückentwicklung der Notierungen ein. Auf Grund einer Erklärung hoher Beamter des nordamerikanischen Landwirtschaftsministeriums soll jedoch ein Preisstopp bei Rohbaumwolle nicht beabsichtigt sein. Schon allein die Tatsache, daß es unmöglich sei, verschiedene Preise für über 300 verschiedene Graduierungen und Faserlängen zu berechnen, werde nach Meinung dieser Gewährsmänner einen Preisstopp bei Baumwolle unmöglich machen. Außerdem soll das Landwirtschaftsministerium beim Amte zur Stabilisierung der Wirtschaft (ESA) dringlich vorstellig geworden sein, Höchstpreise nur für Baumwoll-Roh- und -Fertigwaren zum Schutze des Verbrauchers festzusetzen.

Hinsichtlich der neuen Ernte hegt man neuerdings wieder Zweifel, daß die Farmer das Produktionsziel von 16 Mill. Ballen erreichen werden. Zu den Schwierigkeiten, die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, komme hinzu, so war zu erfahren, daß die anhaltende Trockenheit in Texas und Oklahoma die Bodenfeuchtigkeit weit unter die normale Höhe habe absinken lassen. Auch im südlichen Texas sollen Regenfälle in der nächsten Zukunft die unerläßliche Voraussetzung für einen guten Beginn des Wachstums der Baumwollkulturen sein.

Alexandrien

(in Tallaris je Kantar)	26. 1. 51	19. 1. 51
Karnak, März-Kontrakt	171,40	167,25
Ashmouni, Februar-Kontrakt	137,50	135,80

Nach anfänglich recht gutem Geschäft, angeregt durch die Nachfrage des Auslandes, ließ der Umsatz an der Alexandriner Baumwollbörse im weiteren Verlaufe der Berichtszeit erheblich nach. Entscheidend für die Preisgestaltung wurden Liquidationen der Spekulation. Lediglich für Ashmouni hielt sich das Interesse auf guter Höhe.

Mit einem Umsatz von 18 000 Ballen, zum größten Teil Bengal-Desi, war das Geschäft am Lokomarkt in Bombay recht lebhaft. In den westlichen Anbaudistrikten ist die Blüte der Baumwolle in vollem Gange, doch wird über ungenügende Feuchtigkeit geklagt. An den Distrikten von Broach und Surat wird über normale Wetterbedingungen berichtet. Bengal-Desi-Baumwolle notiert bis zu 200 Rupien je Candy über den Höchstpreisen. Anlaß hierzu bot die neue Ausfuhrquote für diese Varietät. Am Markte für ausländische Provenienzen wurden 736 Ballen amerikanische Baumwolle in Erwartung neuer Einfuhrlizenzen gehandelt. 300 Ballen Karnak CT 157 erzielten 4665 Rupien in Candy.

In der Woche zum 13. Januar wurden in Großbritannien 33 527 Ballen Rohbaumwolle gelandet, gegenüber 34 712 Ballen in der Vorwoche. 20 790 Ballen kamen aus Ägypten, 4300 aus Pakistan, 3213 aus Brasilien, 3000 aus den USA, 1307 aus Ostafrika und 1128 aus Mexiko. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befanden sich am gleichen Stichtage 87 000 Ballen.

Baumwollnotierungen

New York	26. 1. 51	26. 1. 51
Disp.	45,50	45,35
Februar	44,65	44,38
März	44,30	44,30
April	44,20	44,21
Mai	44,15	43,78
Juli	43,60	43,31
Oktober	41,30	41,38
Dezember	40,80	40,96
März	40,63	40,86
Mai 1952	40,43	40,67

Kautschuk

New York (cts je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
N. 1 RSS. Kassaware	72,00	71,50
März-Termin	66,00	64,00

Die Preise für Kautschuk haben sich annähernd auf dem gleichen Stande wie Ende der Vorwoche gehalten. Der New Yorker Markt, durch die Monopolisierung der Kautschukeinfuhr in den Händen der US-Regierung zur Bedeutung einer Abwicklungsstelle für offene Kontrakte herabgesunken, zeigte ein sehr ruhiges Gepräge.

London (in d je lb)	26. 1. 51	19. 1. 51
Kassaware	61 G 62 B	61 G 62 B
Februar-Termin	60¾ G 61 B	60¾ G 61 B

Die Londoner Kautschukbörse war anfänglich auf Berichte aus Singapur über mäßige europäische und britische Kaufaufträge fest. Später bewirkte größeres Angebot, unter anderem auch von Ceylon-Kautschuk, eine kleine Abschwächung, die jedoch nur von vorübergehender Dauer war, da Europa und Großbritannien ihre Anschaffungen wieder aufnahmen. Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der weltpolitischen Lage, der hohe Preisstand für Kautschuk und das zeitweilige Fernbleiben der US-Regierung vom Kautschukmarkt ließen keine rechte Unternehmungslust aufkommen.

Häute und Felle

Die Notierungen für Häute und Felle zogen an allen Märkten weiter an. Die Tendenz war fest, das Geschäft lebhaft. In Argentinien hat das IAPI neue Ausfuhrpreise bekanntgegeben, und zwar für Frigorificos Buenos Aires, gesunde schwere Ochsen, umgerechnet auf Pfund Sterling, 40½ d je lb. In Brasilien stiegen die Notierungen so stark, daß die Käufer befürchten, Kompensationsabschlüsse werden in Zukunft nicht mehr möglich sein. Annähernd 10 000 Frigorificos Sao Paulo, Ochsen, wurden noch zu 32 d je lb nach Großbritannien auf Kompensationsbasis gehandelt. Nach Abschluß dieses Kontraktes verlangten die Gefrierhäuser für die gleiche Ware bereits 36 d. Am südafrikanischen Häutemarkt hält die Nachfrage nach Trockenhäuten zu steigenden Preisen an. In australischem und neuseeländischem Gefelle kam es, sofern Ware vorhanden, zu gelegentlichen Abschlüssen.

NE-Metalle in New York

Für das Geschäft am New Yorker NE-Metallmarkt waren die Knappheit aller Metalle und die Erörterungen über den unmittelbar bevorstehenden Preisstopp beherrschend. Man fragt sich, in welcher Weise ein Preisstopp zum Beispiel bei eingeführten Metallen — und das sind die meisten, da die Vereinigten Staaten zur vollen Bedarfsdeckung aus eigener Gewinnung nicht in der Lage sind — durchgeführt werden soll. Man glaubt, daß die Regierung vielleicht eine zentrale Einkaufsbehörde für ausländische Metalle errichten werde. Da in diesem Falle wahrscheinlich die Einfuhrzölle wegfallen würden, wäre schon eine gewisse Ausgleichsmöglichkeit gegeben. Die Frage bleibt offen, ob die Auslandsländer das eingefrorene Preisniveau in den USA anerkennen werden, oder ob sie die ohne Zweifel vorhandenen Möglichkeiten, anderswo bessere Preise zu erzielen, ausschöpfen wollen. Chile, nach den USA der bedeutendste Kupferproduzent der Welt, hat bereits, und offensichtlich mit Erfolg, gegen die Bevormundung der Vereinigten Staaten in preislicher Hinsicht Verwahrung eingelegt. Chile fordert größere Freiheiten für den Absatz seines Kupfers nach anderen Verbrauchergebieten als den USA, u. a. auch nach Europa. Die Notierung für Straitszinn erreichte in New York mit 185 cts je lb am 25. Januar einen neuen Höchststand aller Zeiten. Sie stellte sich am Wochenschluß auf 183 cts je lb.

Metalle

Die Metallmärkte können nicht mehr als freie Märkte betrachtet werden. Dazu sind die Beschränkungen in den großen Industrieländern schon zu weit fortgeschritten und die Zukunft wird wahrscheinlich weitere staatliche Eingriffe bringen. Auch Westdeutschland sieht sich genötigt, die Prinzipien einer freien Marktwirtschaft, wie sie bisher von höchster Stelle vertreten wurden, aufzugeben. Natürlich kann sich ein so abhängiges Gebiet, wie es Deutschland in der Metallversorgung ist, nicht leisten, Metalle für jeden Verwendungszweck zur Verfügung zu stellen, wenn reiche Länder, wie die USA und England, die in der Metallerzeugung eine ausschlaggebende Rolle spielen, genötigt sind, die Metallverwendung auf vielen Gebieten des zivilen Verbrauchs im Interesse der Verteidigungsbereitschaft empfindlich zu beschneiden. Die geplante internationale Kontrolle rüstungswichtiger Rohstoffe, zu denen in erster Linie Metalle gehören, wird sich nicht so reibungslos durchführen lassen, denn es ist zu erwarten, daß die kleineren westeuropäischen Länder, die in der Erzeugung nur eine untergeordnete Rolle spielen, gewisse Besorgnisse haben werden, daß sie benachteiligt werden könnten. Außerdem setzt die Durchführung eines solchen Planes ein einheitliches Preisniveau voraus, das heute noch nicht existiert. Es hat also den Anschein, als wenn es bis zu einer wirksamen Kontrolle der Verteilung rüstungswichtiger Rohstoffe unter die dem Atlantikpakt angeschlossenen Länder noch ein weiter Weg ist.

Zinn: Eine neue Zinnhausse ist ausgebrochen. Die Preise haben sich in der Berichtswoche wieder beträchtlich befestigt. Englische Kreise haben Befürchtungen, daß die Zinnexportquote aus England zu einer bedrohlichen Lage in der englischen Versorgung führen könnten, weil es ungewiß ist, in welchem Umfang die exportierten Mengen durch Einfuhren ersetzt werden können. Diese Exporte haben in den letzten Wochen mit dazu beigetragen, daß sich die Stimmung des Zinnmarktes etwas gebessert hatte, daß die Panikkäufe nachließen und das Angebot an promptem Zinn etwas reichlicher wurde. Wir wiesen schon darauf hin, daß die Zinn-Notierungen in den Vereinigten Staaten über der Londoner Parität lagen. Das hat dazu geführt, daß das fernöstliche Zinn nach den USA abzuwandern begann. Die Zinnpreise behaupten sich seit langem auf einem Stand, der einen ernsthaften Rückschlag erwarten ließ. Es hat aber den Anschein, als wenn der Höhepunkt der Zinnhausse noch nicht erreicht ist, und als wenn die Zinnpreise demnächst noch ganz andere Höhen erklimmen würden. Die ganze Entwicklung, übrigens nicht nur am Zinnmarkt, zeigt international deutliche inflationistische Tendenzen. Die offiziellen Preise stehen ja nur noch auf dem Papier. Selbst bei Zinn werden wahrscheinlich gelegentlich unterderhand höhere als die Börsenpreise von Verbrauchern gezahlt, die um jeden Preis kaufen wollen oder müssen.

Kupfer: Auch dieser Markt wird immer noch durch ein unzureichendes Angebot gekennzeichnet. Für prompte Ware oder frühere Verschiffung werden ungewöhnlich hohe Preise von den Verbrauchern angelegt, die natürlich mit einer weiteren Verschlechterung in der Versorgung in der kommenden Zeit rechnen. Preise von etwa 250 £ je lg't wurden zuletzt genannt bei einem offiziellen englischen Preis von 202 £. Die freiwillige Stabilisierung der Preise in den Vereinigten Staaten, ein Verfahren, dem sich Kanada, Chile und Rhodesien angeschlossen haben, hat zwar zur Folge, daß der größte Teil des Weltkupferbedarfs zu einem Preis um etwa 200 £ gedeckt werden kann, doch müssen die Verbraucher, soweit sie zu diesem Preis nichts erhalten können, eben die Preise des grauen Marktes anlegen, und es ist nicht zu erkennen, in welchem Umfang die großen Kupfererzeuger an diesem Geschäft beteiligt sind. Die Frage einer internationalen Regelung für die Kupferzuteilung ist noch offen, und es wird nicht einfach sein, die Vereinigten Staaten zu veranlassen, Kupfer aus den chilenischen Gruben der amerikanischen Gesellschaften nach anderen Verbrauchszentren zu dirigieren, ebenso wie England wenig Neigung haben wird, rhodesisches Kupfer für andere Länder unter Hintenansetzung seiner eigenen Bedürfnisse abzugeben. Immerhin kann man annehmen, daß eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kupferversorgung wenigstens den rüstungswichtigen Kupferbedarf zu einem erträglichen Preis sicherstellen wird. Dazu gehört aber auch die Mitarbeit anderer kupferverbrauchender Länder, die sich dem englisch-amerikanischen Vorgehen, den Kupferverbrauch für zivile Zwecke einzuschränken, anschließen. In England ist jedenfalls vorerst die Frage einer Einschränkung des Kupferverbrauchs auf Proteste der englischen Industrie hin, vorläufig zurückgestellt worden.

Blei: Verglichen mit den anderen Metallmärkten ist der Bleimarkt in der Frage der Versorgung der Verbraucher gewissermaßen noch eine Oase in der Wüste eines hoffnungslosen Materialmangels. Deshalb ist die Stimmung hier auch wesentlich ruhiger. Trotz der angespannten weltpolitischen Lage scheint immer noch genügend Blei angeboten zu sein, um einen Run auf den Markt hintanzuhalten. Daß diese Ruhe jeden Tag in eine andere Haltung umschlagen kann, ist möglich, denn der allgemeine Wettlauf nach Metallen wird sich auch hier eines Tages bemerkbar machen, und sei es nur aus psychologischen Ursachen.

Zink: Die Zinkknappheit ist international eine seit langem zu beobachtende Erscheinung. Die englische Regierung mußte sich wie im Fall des Kupfers, auch bei Zink entschließen, die für Anfang Februar vorgesehenen Einschränkungen des Verbrauchs zurückzustellen, die nun Anfang März in Kraft treten sollen. Selbst nach der Einstellung der amerikanischen Regierungskäufe für das nächste Halbjahr ist keine Erleichterung in der Versorgungslage zu beobachten. Die Versorgung der Hütten mit Zinkkonzentraten ist so angespannt, daß die Vereinigten Staaten wahrscheinlich Mühe haben werden, im laufenden Jahr soviel Konzentrate zu erwerben, daß die Zinkgewinnung des Vorjahres erreicht wird. Produktionssteigerungen für Zink in nennenswertem Ausmaß sind wenig wahrscheinlich. Eine internationale Übereinkunft in der Frage der Zinkversorgung ist noch in weitem Feld. In den Vereinigten Staaten hat man sich jetzt entschlossen, den Endverbrauch an Zink bei bestimmten Industrien ebenfalls einzuschränken.

Vielleicht ist die Entspannung die sich jetzt in der Koreafrage angesichts der neuen rotchinesischen Vorschläge anzukündigen scheint, geeignet, beruhigend auf die Haltung der Metallmärkte einzuwirken. Das würde aber nicht gleichbedeutend mit einer Abschwächung sein, denn die offiziellen Preise sind bekanntlich „unterbewertet".

Seltene Metalle

Wolframerz: Die Hausse in Stahlveredlern hält immer noch an. Wolframerz führt hier seit einigen Wochen. Der amerikanische Preis wurde zuletzt mit 70 bis 73 cts je lb genannt, während sich die englischen Preise auf 24 £ 10 sh bis 25 £ 10 sh erhöht haben.

Chromerz: Auch Chromerz zieht offenbar an. Bisher wurden in London für rhodesische Ware 11 £ 16 sh 6 d ab Lager genannt. Für rhodesische Ware werden für die Folge keine Notierungen mehr veröffentlicht, was gleichbedeutend mit einer Heraufsetzung sein dürfte. In den Vereinigten Staaten notiert fob Atlantikhäfen 46 bis 48 Dollar je lg't.

Manganerz: Die Nachfrage nach Manganerz übersteigt das Angebot, und soweit der Handel seine alten Kunden zu einem Preis von 186 £ je lg't beliefert, müssen diese mit geringeren Lieferungen vorlieb nehmen. Soweit sie am freien Markt Material erhalten können, müssen sie höhere Preise anlegen. Aus London werden in diesem Zusammenhang Preise bis zu 250 £ genannt.

Metallpreise vom 24. Januar 1951

	England in £ je lg't	USA in cts je lb	Westdeutschland in DM je 100 kg
Kupfer	202/ 0/0	24,50	239,50
Blei	137/10/0	17,00	167,00
Zink	151/10/0	17,50	171,50
Zinn	1235/ 0/0	161,00 nom	1653,00
Aluminium	124/ 0/0	19,00	—

Wollverbrauch größer als Produktion

Besonders gefragte Wollsorten sind gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1934/38 um das Zehnfache teurer. Dies ist darin begründet, daß der Verbrauch an Wolle in den Nachkriegsjahren fast stets die Produktion überstiegen hat. Der Mehrverbrauch wurde von Großbritannien gedeckt, das als der größte Lagerhalter der Welt bei Kriegsende über so riesige Vorräte verfügte, daß ein Zeitraum von etwa 13 Jahren als erforderlich angesehen wurde, um sie wieder abzubauen. Heute verfügt Großbritannien über keinen nennenswerten Stock mehr. Nach den Erwartungen von Fachkreisen wird auch 1950/51 die Nachfrage nach Wolle die Produktion (etwa 2,5 Mrd. lbs) um 400 lbs übersteigen.

Die großen Wollager haben lange Zeit die Wollpreise auf einem relativ niedrigen Stand gehalten. Daher konnte der Verbrauch sehr viel schneller steigen als die Produktion. Hinzu kam, daß auf der südlichen Welthälfte — besonders in Australien — nach den Jahren 1944/45 eine Trockenperiode begann, die lange Zeit eine Vermehrung der Schafherden nicht erlaubte. In Amerika, das heute besonders an Wolle interessiert ist, und von dem die Wollhausse ausging, wurden nach Kriegsende mehrere Jahre lang umfangreiche Schlachtungen vorgenommen.

Noch im vergangenen Frühjahr nahm man an, die überhöhten Wollpreise würden in den kommenden Jahren mit der zunehmenden Bedarfssättigung der Bevölkerung nachgeben und der Wollmarkt würde sich allmählich wie nach dem ersten Weltkrieg wieder normalisieren. Inzwischen sind aber als Folge der Korea-Krise und des Rüstungsbooms die Voraussetzungen hierfür nicht mehr vorhanden. Die Erhöhung des Mannschaftsbestandes bei allen Militärmächten und die Einbeziehung von weiblichen Kräften mit hohem Textilverbrauch läßt die Nachfrage nach Wolle für Uniformen außerordentlich steigen. Weiter wollen verschiedene Länder, namentlich die USA, eine Rüstungsreserve an Wolle anlegen. Vielleicht wird die Deckung des militärischen Wollbedarfes nur bestimmte Sorten erfassen, so daß die Hausse auf Teilgebiete des Wollmarktes beschränkt bleibt. Die Fachwelt ist überwiegend der Ansicht, daß die hohen Wollpreise wenigstens in den nächsten Monaten bleiben werden. Daher wird für die kommende Wintersaison mit einigen Verteuerungen gerechnet.

Deutsche Börsen

Frankfurt	5.1.51	12.1.51	19.1.51	26.1.51
AEG	37	36½	36	38
Brown, Boveri	128	131	132½	—
Buderus	77	75½	78½	76
Chem. Albert	65	66	63½	69
Degussa	77	74	75	77½
Deutsche Erdöl	65	64½	65	71
El. Licht u. Kr.	27½	29	31½	32½
Frankf. Masch.	87	87½	90	90
Heidelb. Zement	107	108½	110	114½
Holzmann	37	37½	37½	38
Kupferberg	42	41½	38	38
Lahmeyer	65	63	63	63
Lanz	50	49½	49½	50
Linde's Eis	96	98	103½	104½
Metallges.	73	70½	69½	73
Rheinmetall	26	24½	24½	26
Schöfferhoff	50	46	46	47
Siemens & Halske	47	45½	46	46
Voigt & Haeffner	128	128	128	128
Wayss & Freytag	115	115	115	114
Zellst. Waldhof	50½	53½	59½	64
Commerz-Bank	28½	26½	25	28½
Deutsche Bank	29½	28	27½	29
Dresdner Bank	28	27	26½	27
4% Frft. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bank	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	7½	7½	7½	7½

Düsseldorf	5.1.51	12.1.51	19.1.51	26.1.51
Alexanderwerk	76	75	78	76
Balcke Masch.	83	83	83	—
Basalt AG.	39	38	38	—
Dortm. A.-Bräu	56	56	—	—
Felten & G.	66	67	68	69½
Ford	102	97	97	99½
Gerresh. Glas	93	93	—	—
Goldschmidt	58	54	60	61
G.H.H.	61	60	61	65
Harpen	71½	—	—	70
Hoesch	56	—	55½	57½
Kabel Rheydt	61	62	62	62½
Klöckner	67	—	68	68
Mannesmann St.	56½	54	56	58
Mülh. Berg	58	56	57	58
Rheinbraun	93	91¼	—	94
Rhein. Kunstseide	66	68	75	82
Rhein. Zellwolle	62	64	73½	75
Rheinstahl	56	53	56½	61½
RWE	73	—	69½	—
Verein. Stahlwerke	50½	48	50½	53½
Westwaggon	88	93	91½	96
Westd. Kaufhof	—	98	98	98
Rhein. Westf. Boden	37	37	37	37
4% Rh. W. Bd.	7	7	7	7
4% Gelsenberg	6½	6½	6½	6½
5% Klöckner	7	7	7	—

Hamburg	5.1.51	12.1.51	19.1.51	26.1.51
Accum.	96	98	96	101
Bekula	38	39½	38	39½
Bremer Wolle	103	100	103	113
Demag	90	90	90	90
Deschimag	48	48	47	48
Dynamit Nobel	41½	44	47	48
Feldmühle	90	94	98	116
HEW	62	61½	69½	61½
Hamb. Hochb.	42	42½	43½	43½
Hamb. Hyp. Bk.	12½	13	13	11
Hansa Mühle	30	30½	31	31
Harburg. Gummi	120	120	122	122
Hoffmann Stärke	98	98	98	103½
Ilse St. A.	17	17	18½	18½
Ilse Genuß	8½	9	9	9½
Karstadt	76	77½	77½	84
Phrix Inh. A.	42½	42½	48½	53
Rütgers	35½	36	37½	39
Schering	38	38	38	38½
Hapag	27½	28	28	28
Nordd. Lloyd	31	30½	33	30
4% Hbg. Hyp.	7	7	7	7
4% Hbg. El. W.	6½	6½	6½	6½

München	5.1.51	12.1.51	19.1.51	26.1.51
Amperwerke	88	88½	88½	90
Augsb.-Nbg. Masch.	86	86	88	88
BMW	32½	33	33	33
Diamalt AG	130	132	135	135
Dierig	88	83½	99	115
Hackerbräu	90	90	78	78½
Hanfw. Füssen	148½	148	152	151
Hutschenreuter	61	57	58	60
Kraus Maffei	78	78	80½	85
Lech E.	90	88½	85	91
Löwenbräu	56	53½	54½	55½
Mch. Bauw. Sp.	135	142	153	147
Rathgeber	95	93	95	94
Rosenthal	92	94	96	103
Spinn. u. Web. Kott.	166	170	177	179
Südd. Zucker	107	106	106	116
Tucherbräu	42	39	40	41
Würzb. Hofbr.	39	38½	38½	41
Bayr. Hyp. u. W. Bk.	36	36	36	36
Südd. Boden	38	38	38	38
Allianz Leben	38	40	38	37
Allianz Vers.	75	75	77	78
4% Bayer. Hyp. Bank	7½	7½	7½	7½
4% Augb. Nbg.	6½	6½	6½	6½

Hannover				
Conti Gummi	125	122	119½	125
Hackethal	93	94	93	93
Ilseder Hütte	74½	75	78½	78
Mech. Web. Linden	78	86	86	81
Salzdetfurt	65½	68	64½	73½
Wollw. Döhren	61	61	60	65
Wintershall	46	46	44	50½

Stuttgart				
Brauerei Wulle	94	99½	99	98
Daimler	88	89½	89½	89½
Junghans	97	98	60	61
Knorr	86	87	88	88½
Salamander	—	—	—	—
Württ. Bank	38	38	38	38

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg